

Der Konflikt in Venezuela bleibt heiß: Kopfgeld auf Maduro

Alex Metzger

In einer Pressekonferenz erhob US-Justizminister William Barr schwere Vorwürfe gegen Venezuelas Präsident Nicolás Maduro. Dabei wird ihm vorgeworfen, als Chef eines Internationalen Drogenkartells den Schmuggel von Rauschgift durch Südamerika in die Vereinigten Staaten zu koordinieren. Nun setzt die US Regierung ein Kopfgeld in Höhe von 15 Millionen \$ auf Hinweise aus, die zur Ergreifung von Maduro führen.

Kurz zur Faktenlage:

Daten der CCDB(einer Datenbank, die den „Kampf gegen die Drogen“ in Amerika dokumentiert) deuten darauf hin, dass 2018 ca. 7 mal mehr Kokain durch Guatemala(1400 Tonnen) transportiert wurde als durch Venezuela(210 Tonnen)! Der guatemalische Regierungschef wird jedoch nicht behelligt.

Woher diese Anschuldigung?

Im Zuge des internationalen Rechtsrucks hat es auch in Südamerika Regierungswechsel und Putsche gegeben, die das Kräfteverhältnis auf dem Kontinent eindeutig zugunsten der reaktionären Seite verlagern. Genannt seien hier: Jair Bolsonaro in Brasilien, der Putsch gegen Evo Morales in Bolivien, die Regierung Piñera in Chile.

In Venezuela soll dies nun auch passieren und es gibt schon länger den Konflikt zwischen dem venezolanischen Präsidenten Maduro und den USA, die

versuchen, ihn aus dem Amt zu kicken und mit jemanden zu ersetzen, der sich nicht mehr weigert, den Markt vollends zu öffnen und die Industrie zu privatisieren. Deswegen versucht die amerikanische Regierung seit Jahren, der Regierung Venezuelas Verstrickungen ins internationale Drogenkartell anzuhängen. Dabei ist die Ausschreibung des Kopfgeldes eine Machtdemonstration Trumps für seinen Einfluss in Lateinamerika, während er beispielsweise im arabischen Raum (Syrien, Iran) aber auch im Konflikt mit Nordkorea dem Anspruch des US Imperialismus als bissige Ordnungsmacht/ Alpha Predator/ Boss der Welt nicht gerecht wird. Die zunehmende Herausforderung durch den chinesischen Imperialismus immer im Blick.

Gleichzeitig steht

Trump in den USA relativ kurz vor der Präsidentschaftswahl und versucht mit der klassischen Anti-Drogen-Law-and-Order-Politik Stärke zu beweisen und von seiner fatalen Corona-Krisenpolitik abzulenken.

Dass

Handelsbeschränkungen wie Sanktionen auch während der Corona-Pandemie nicht gelockert werden und diese Politik den Menschen in Venezuela und sonst wo vor allem schadet, beweist eindeutig, dass es den amerikanischen Imperialismus selbst in solchen Zeiten einen feuchten Kehricht schert, welche mörderischen Auswirkungen die eigene Politik überall auf der Welt hat.

Imperialistische Umtriebe

Seit knapp 3 Jahren

tobt in Venezuela ein Kampf um die Macht, an dem sich verschiedene imperialistische Staaten aber federführend die USA beteiligen. Auf einer Seite der geputschte Präsident Nicolás

Maduro, Nachfolger von Hugo Chaves, den wir als linksbonapartistisch einstufen. Das heißt, dass die Regierung sich dadurch auszeichnet, dass durch z.B. Öleinnahmen finanzierte Zugeständnisse an die Bevölkerung gemacht werden, was in ökonomisch guten Zeiten die

Lebenssituation der Bevölkerung verbessern kann. Dies wird dann populistisch ausgeschlachtet. Gleichzeitig geht sie aber auch hart gegen linke Oppositionelle, Gewerkschaften und Basisprojekte vor, die sich beispielsweise gegen die Legalisierung privater Investitionen aus imperialistischen Ländern und andere Maßnahmen im Sinne des Kapitals und der Imperialist_Innen zur Wehr setzen. Ein linker Bonaparte schafft es dabei, die politische Macht zu zentralisieren, indem er zwischen den Interessen der Klassen balanciert und die eigene bürokratische Kaste wie auch das Militär stramm auf Linie hält. Maduro will sich dabei von den USA weder politisch noch wirtschaftlich abhängig machen, was auch Teil des eigenen Populismus ist. Da Trump den US-amerikanischen Einfluss in Südamerika festigen will, soll Maduro weichen und wenn es durch solche krummen Moves wie mit dem Vorwurfs des Drogenhandels sein muss.

Auf der anderen

Seite die Person, die ihn ersetzen soll: Juan Guaidó, seines Zeichens ehemaliger Parlamentspräsident Venezuelas und wirtschaftsliberaler Politiker. Das bedeutet zum Beispiel, dass er die Bodenschätze Venezuelas schnellstmöglich für den imperialistischen Raubbau verfügbar machen möchte. Dabei geht es vor Ort um Öl, Gold, Silber, seltene Erden... Guaidó ist den USA treu und erhält wiederum politische und wirtschaftliche Unterstützung von ihnen. So konnte er sich Ende Januar 2019 zum Interimspräsidenten erklären und wird dabei international von über 150 Ländern anerkannt (Dabei Weite Teile Südamerikas, außer Bolivien, und westliche Imperialistische Länder).

Für eine genauere

Einschätzung des Konflikts, checkt einfach unsere Homepage:

Venezuela: Kein Ende des Konflikts in Sicht

Der Weg aus der Krise

Noch ist der Kampf um die Macht in Venezuela nicht entschieden. Klar ist, dass wir die Errungenschaften der venezolanischen Revolution gegen jeden imperialistischen Einfluss verteidigen. Gleichzeitig müssen wir aber auch verstehen, dass Maduro kein Sozialist, Venezuela kein Sozialismus ist und die Errungenschaften unzureichend sind.

Die Revolution ist zum Stillstand gekommen, ohne die Industrie restlos verstaatlicht zu haben. Die Bourgeoisie darf weiter Profite machen und mit ihren Privilegien leben. Teile der enteigneten Bourgeoisie wurden sogar großzügig entschädigt.

Weiterhin fußt Maduros Macht auf der Unterstützung durch das Heer, welches weder demokratisch organisiert noch kontrolliert ist. Demokratisch organisierte Milizen sind Teil eines politischen Programms, welches seine Regierung mit aller Härte bekämpft.

Diese Milizen wären zentraler Bestandteil, um die Revolution in Venezuela voranzutreiben und sie zu einer sozialistischen Revolution zu entwickeln. Dafür muss die Bourgeoisie entschädigungslos enteignet werden. Die Arbeiter_Innenklasse muss, gemeinsam mit den Bauern und der Jugend, die Macht der Bürokratie brechen und eigene, mutige, basisdemokratische Losungen aufstellen.

Eine solche Revolution könnte als leuchtendes Beispiel in die gesamte Region strahlen und die Arbeiter_Innen in Ländern wie Brasilien und Argentinien ermutigen, den Kampf gegen ihre stockreaktionären Regierungen in eine sozialistische, internationalistische Richtung zu treiben! Im Zuge dessen braucht es auch den Kampf für den Aufbau von revolutionären Parteien der Arbeiter_Innenklasse, die eine solche Richtung überhaupt weisen können.

- Nein zum erneuten Putschversuch durch den US Imperialismus, entlarven wir die haltlosen Anschuldigungen von William Barr!
 - Verteidigen wir die Bolivarische Revolution gemeinsam gegen imperialistische Aggressionen!
 - Für die Permanenz der Bolivarischen Revolution! Nur wenn wir über die bisherigen Schritte hinausgehen und die Eigentums- und die Herrschaftsfrage gegenüber Kapital und Bürokratie stellen, können wir die Revolution zum Erfolg führen.
 - Für internationale Solidarität und den gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus sowie seinen Unterstützer_Innen in Medien, Staat & Bildungswesen!
-

China: Auf dem Weg zur Weltherrschaft dank Coronakrise?

Resa Ludvin

Fast die gesamte Welt steht still, nur in China scheint es eine schrittweise Rückkehr zur Normalität zu geben. Auch die allgemeine Angst vor einer Rezession sucht man in China vergeblich. Ganz im Gegenteil. China inszeniert sich als großer

Helfer betroffener Länder, Bezwingen des Virus' und scheint schon jetzt Gewinner der Krise zu sein.

Und das trotz der immensen Bevölkerungszahl, Zusammenleben auf engstem Raum und einem Gesundheitssystem, das alles andere als sozial ist. Waren Krankenhäuser einst staatliche Institutionen mit Hauptaugenmerk: Gesundheit der Bevölkerung ohne Wenn und Aber, ist das System heute gerade auf dem Land unterversorgt und Behandlung gibt es nur mit Vorkasse - wer hier zuerst versorgt wird, ist offensichtlich, denn auch im angeblich „kommunistischen“ China hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Bourgeoisie herausgebildet.

Genau dieser Ort soll also nicht nur Ausgangspunkt, sondern auch erfolgreicher Bezwingen des Virus sein? Im November 2019 trat das Coronavirus zum ersten Mal bei einem Menschen in China auf. Wurde es da noch totgeschwiegen und jene, die darüber sprechen wollten, mundtot gemacht, erfolgten ab Ende Januar die ersten großflächigen Maßnahmen zur Eindämmung. Für über eine Milliarde Menschen, die in der Volksrepublik leben, bedeutete dies Ausgangssperren, Reisebeschränkungen und Kontaktreduzierungen bis hin zum kompletten Lockdown der am schwersten betroffenen Region, die 60-Millionen-Provinz Hubei mit ihrer Hauptstadt Wuhan. Doch schon ab April 2020 verzeichnet China offiziell keine neuen Fälle, Hubei wurde wieder zur Ein- und Ausreise geöffnet und man überlegt sogar, die Schulen demnächst wieder zu öffnen. Doch ist auch hier nicht alles Gold, was glänzt: So kam es im März 2020 in Wuhan zu spontanen Protesten, die in China aufgrund fehlender Versammlungsfreiheit verboten sind. Grund hierfür war, dass die Lebensmittelversorgung durch Peking nur schlecht funktionierte.

Warum kommt China

schneller wieder auf die Beine?

Schauen wir uns an, warum es China leichter fallen könnte, den kapitalistischen Normalbetrieb wiederaufzunehmen: Durch das autoritäre Regime kann berechtigter Widerstand sowie die

Interessen der Bevölkerung aus der Entscheidungsfindung herausgehalten werden, was zu einem entschlossenen aber auch rücksichtslosen Vorgehen führt. Doch noch deutlich wichtiger als die politische Sphäre ist die wirtschaftliche: Auch wenn China seit der Öffnung in den 70er Jahren weit von der maoistischen Linie abgewichen ist, so haben sie doch eine spezielle Form der kapitalistischen Wirtschaft.

Vergleichen wir das chinesische Wirtschaftssystem mit dem Deutschlands: In Deutschland herrscht bis auf wenige Ausnahmen freie Markt- und Konkurrenzwirtschaft in der unterschiedliche Firmen in erster Linie für ihre eigenen Interessen eintreten, getreu dem Motto „Der Markt regelt sich selbst“.

In China gilt dieses Prinzip nur zum Teil, denn dort sind viele Schlüsselindustrien nicht in der „freien Hand des Marktes“, sondern staatlich bzw. teilstaatlich oder zumindest eng mit der Partei verbunden. Insgesamt ist der Einfluss der Regierung auf die Produktion wesentlich höher als in anderen imperialistischen Ländern. Man könnte es also als „Kapitalismus unter der Diktatur einer Partei“ bezeichnen. So sind die nationalen Bestrebungen der Regierung eine der treibende Kräfte der chinesischen Wirtschaft und ihres Aufschwungs. Dies verbindet sich mit den Interessen der Bourgeoisie, die durch die geöffnete Kapitalakkumulation entstanden ist und mit enger Verbindung zum Parteiapparat, neben der Arbeiter_Innenklasse existiert.

Da sich viele jener Schlüsselindustrien in Staatshand befinden, die nicht nur für die Versorgung, sondern vor allem im internationalen Wettbewerb wichtig sind, gab es weniger Blockaden, die Produktion in Zeiten der

Coronakrise bedarfsorientiert umzustellen. Ziehen wir hier wieder den Vergleich zu Deutschland, so sehen wir, dass eben jene Schlüsselindustrien einerseits nie in Staatshand waren und andererseits weitere lebenserhaltende Bereiche, die früher staatlich waren, in den letzten Jahrzehnten zunehmend privatisiert oder runtergekürzt wurden, allen voran im Gesundheitssektor. Nur so kann man verstehen, warum sich China schneller erholt. Zusätzlich dazu gab es geplante Interventionen der Regierung wie ein riesiges Krankenhaus, das in Wuhan innerhalb weniger Tage für die Corona-Infizierten entstanden ist. Allerdings ist es für die chinesische Regierung gerade wichtig, dass Hubei schnell wieder einsatzfähig ist, denn dort befinden sich wichtige Standorte der Automobil- und Elektronikbranche.

Nichtsdestotrotz

ist auch anzuzweifeln, dass die Zahl der Neuansteckungen wirklich auf 0 gesunken ist und diese Nachricht nicht eher dem Propagandaapparat der Kommunistischen Partei entspringt. Der Verdacht kommt nicht von ungefähr, wenn man bedenkt, dass China schon zu Beginn die Krankheitsfälle verheimlicht hat und es Journalist_Innen in China immer noch schwer haben über die Situation zu berichten. Unabhängige Journalist_Innen waren in den letzten Monaten aus der Krisenregion Wuhan ausgesperrt worden. Laut Reporter Ohne Grenzen verschwand sogar ein chinesischer Journalist spurlos, der in Wuhan recherchierte. Weitere Maßnahmen waren die Zensur der chinesischen Äquivalenten zu Youtube und WhatsApp, indem Inhalte blockiert wurden, die den Virus betreffen. Das Interesse, es nun kleinzureden, läge darin, als erster wieder die Wirtschaft voll anlaufen zu lassen. Alle betroffenen Länder konkurrieren nämlich gerade darum, wer als erstes die Maßnahmen lockern kann und damit die freigewordenen Märkte und Profitmöglichkeiten für sich zu beanspruchen. Dass jetzt China als erstes wieder zur Normalität zurückkehrt, ob legitimerweise oder nur durch Beschönigung der Situation, dürfte dazu führen, dass die

chinesische Wirtschaft alle Möglichkeit hat, die Konkurrenz abzuhängen und damit auf der Gewinnerseite der kommenden Krise zu stehen.

Resultat: Verstärkte

Abhängigkeit als Kollateralnutzen der Krise

In den letzten Jahren befand sich

China auf dem Weg, ihren Einflussbereich zu vergrößern, nicht zuletzt mit Projekten wie der neuen Seidenstraße.

Infrastrukturprogramme in Zentralasien, Verlagerung der Produktions- und Umweltkosten in afrikanische Länder und dem Einkaufen von chinesischen Investor_Innen in europäische Firmen dabei unter anderem strategisch nützliche wie der Hafen von Piräus oder Medienbetriebe. Vor allem in Zeiten der Zerstrittenheit der EU, die sich darin ausdrückt, dass sich in puncto Corona-Hilfen über ein lange Zeit jede_R der Nächste war, springt China ein. Warum hatte China es da so einfach? Man könnte meinen, bei einer Krise diesen Ausmaßes helfen in der „Werteunion EU“ die, die können, indem sie Ressourcen in Form von Masken, medizinischer Geräte o.ä. entbehren können. Weit gefehlt. Deutschland hat lange zugeschaut wie in Italien und Spanien die Menschen massenhaft sterben und jetzt kommt verspätet ein kleines Hilfspaket. Doch wir dürfen uns nicht davon und von den Worten Heiko Maas' täuschen lassen, dass es „gelebte EU-Solidarität“ sei, während der Corona-Krise „Hilfe ohne Folterwerkzeug, also ohne Troika und harte Sparauflagen“ zu leisten. Denn das bedeutet mit anderen Worten: „Die EU ist gerade zu instabil, um Südeuropa weiterhin dreist ausbluten zu lassen. Machen wir also jetzt erstmal langsam, damit wir sie nicht als Halbkolonien verlieren und das „Folterwerkzeug“ vielleicht zu einem anderen Anlass nochmal zum Einsatz kommen kann!“

Aber auch Chinas Hilfe und

Nichthilfe ist politisch motiviert. In den Ländern, in denen sie Hilfe leisten, wollen sie das Narrativ des „Anführers der kleinen

Länder“ stärken, was daher kommt, dass sie weiterhin offiziell als Schwellenland gehandelt werden und das ironischerweise für den Ausbau ihrer Weltmachtstellung benutzen. So sollen sich die Hilfen in Europa, Afrika und Zentralasien doch auch irgendwann auszahlen. Hierbei sind besonders einige afrikanische Länder gefährdet, in Abhängigkeit zu fallen, da ohnehin schon der Einfluss Chinas immens ist. Noch deutlicher sieht man die politischen Hintergedanken in den Fällen, in denen China nicht hilft, allen voran den USA: Schon seit geraumer Zeit vor Corona gibt es gewaltige Spannungen zwischen den Weltmächten durch den Handelskrieg, Nordkorea und der allgemeinen Konkurrenz. Nun wird die USA zum neuen Zentrum der weltweiten Krise. Naiverweise könnte man meinen, dass dennoch die Leben der Menschen in den USA vor allem der besonders bedrohten Arbeiter_Innen und Minderheiten gerade mehr zählen als die Worte eines Präsidenten, der China die Schuld an der Pandemie gibt. Dennoch weigert sich Peking, fehlendes Material wie Schutzmasken in die USA zu schicken. Corona mutiert zum Mittel der Erpressung und wieder einmal zeigt sich, dass die wahre Pandemie der Kapitalismus ist.

Reaktionen auf chinesische Maßnahmen

Schaut man sich die Reaktionen in puncto chinesischer Coronamaßnahmen an, so finden sich auch hier die stets wiederholende Erklärungsmuster und gut verinnerlichte Reaktionen gegenüber China wieder. Von Rassist_Innen, die irrationale Ängste und gezielte politische Hetze auf asiatisch aussehende Menschen projizieren bis hin zu China-Verehrer_Innen. Schauen wir uns drei Reaktionen an.

Typ1: „Schaut wie effektiv der Sozialismus sein kann“

Man könnte ganz platt antworten:

Wenn das der Sozialismus ist, ist das nicht unser Sozialismus. Jedoch sollte man sich vor Augen führen was China ist: eine aufstrebende

kapitalistische Macht mit imperialistischen Interessen, die ihren Ansatz gänzlich aufgegeben hat, auch wenn das Land immer noch von der KP regiert wird. Die wachsende Macht der Bourgeoisie, das Halten von Halbkolonien, Diskriminierung von Arbeiter_Innen, Minderheiten, Frauen und die sonstige Liste der Dinge, die nicht mit dem Sozialismus vereinbar sind, ist lang.

Typ2: „Wie effektiv doch Zentralisierung ist“

Ja, gerade in Deutschland zeigt sich in Zeiten der Krise die Schwäche des bürgerlich-„liberalen“ Staates. Lange Abwägungen zwischen der Gefährdung der Bevölkerung und der Gefährdung der Wirtschaft und dadurch verspätete und halbherzige Entscheidungen, die für die Arbeiter_Innenklasse nicht zufriedenstellend sein können. Doch liegt der „zentralstaatsliebende Typ mit Hang zum Autoritarismus“ (denn nichts anderes steckt dahinter) falsch. Es sind eben nicht straffe bürgerliche Staaten mit starker Führung, die „uns“ aus der Krise navigieren, sondern höchstens die eigene Wirtschaft. Auch in China stecken hinter dem entschlossen wirkenden Handeln ständige Überlegungen, wie man die Wirtschaft möglichst schnell wieder zum laufen bringen kann und dabei ist es bloß Glück für uns, dass man dafür gewissermaßen auch Menschenleben retten muss. In einer sozialistischen Gesellschaft hingegen, also jene mit dem höchsten Maß der Demokratie, wären die Voraussetzungen endlich gegeben, wirklich zielstrebig solche Gefahren einzudämmen, da es keinen Druck gibt, weiter Profiten hinterherzujagen, wodurch zum Beispiel alle nicht-lebenswichtigen Arbeiten tatsächlich eingestellt werden könnten. Außerdem kann die Produktion nach Bedarf umgestellt werden. Und das ganz ohne autoritären Zentralstaat, sondern unter der Kontrolle der Arbeiter_Innenklasse.

Typ3: „Ja ok, aber ich will meine Freiheit trotzdem nicht einschränken lassen“

Manchmal müssen für außergewöhnliche Situationen außergewöhnliche Maßnahmen her und dazu gehören auch solche wie jetzt. So könnte es sein, dass einige der Einschränkungen tatsächlich sinnvoll sind. Doch an welchem Punkt der „freiheitsliebende Typ“ sehr wohl Recht hat, ist, ob wir uns „einschränken“ oder uns „einschränken lassen“. Mit anderen Worten: Die Frage sollte nicht sein, inwiefern es Einschränkungen der persönlichen Freiheitsrechte zur Bekämpfung einer Krise in diesem Ausmaß gibt, sondern wer diese, aber auch die Rückkehr zur Normalität kontrolliert und organisiert. Wir haben gesehen, dass es die Regierungen und Kapitalist_Innen der freien Wirtschaft nicht stört, Arbeiter_Innen in nicht-lebenswichtigen Fabriken weiterarbeiten zu lassen wie in Spanien oder selbst dem beschränkten bürgerlichen Staat weitere Freiheitsrechte zu entziehen wie in Ungarn. Doch wäre es falsch, zu sagen, dass es hier allein um bürgerliche Freiheitsrechte der_des Einzelnen geht, hier geht es um die Systemfrage. Im Kapitalismus ist Freiheit nur ein Trugbild, das auch nur wenige zu Gesicht bekommen.

Stoppt das imperialistische Taktieren - Gesundheit ist keine Druckmittel!

Auch wenn Corona als Virus ungreifbar erscheint, darf man trotzdem bei Corona als Krise weder ihre Wurzeln, die im Kapitalismus selbst liegen, noch ihre Auswirkung auf die Neuaufteilung der Welt, die ebenfalls systembedingt ist, verkennen. China macht sich die finanzielle Schwäche von Ländern zu Nutze, nachdem sie jahrelang große Investitionen vor allem auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent, aber auch in Europa getätigt haben. Unsere Antwort als Sozialist_Innen muss daher sein: Bedingungslose Hilfe über nationale Grenzen hinaus statt zu Nutze machen der Krise für Profitinteressen. Die Krise ist global und trifft vor allem die Arbeiter_Innenklasse hart. Wir fordern daher, Kurzarbeit, sprich Kürzungen der Bezüge und Entlassungen, zu stoppen. Für eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich -

lasst die Kapitalist_Innen zahlen!

Doch in einem System, dass auf internationale Konkurrenz und somit Ausnutzen von Vorteilen basiert, ist das illusorisch. Die Pandemie namens Kapitalismus bleibt. Derzeit sehen wir auf wessen Händen die Gesellschaft tatsächlich steht, wenn im Krankenhaus oder im Einzelhandel Menschen für das Überleben schufteten und es dennoch weiterhin Firmen gibt, die die Arbeiter_Innen weiter in der Fabrik arbeiten lassen, weil sie nicht auf ihre Profite verzichten wollen. So kam es in vielen Ländern zu spontanen Streiks wie im März in einem norditalienischen Werk von Fiat-Chrysler. Genau diese Kräfte müssen wir bündeln. Eine Arbeiter_Innenkontrolle muss her, die nach Bedarf und nicht nach Profit produziert - in der jetzigen Situation heißt das bspw. Produktion von Desinfektionsmitteln statt Parfüm, Beatmungsmaschinen statt Autos und die Verstaatlichung des Gesundheitssystems unter Kontrolle der Arbeiter_Innenklasse als notwendige Maßnahme!

Jugend und Corona - Keine Risikogruppe aber trotzdem am Arsch!

Paul Meyer

Bei der Corona-Krise wird häufig über Risikogruppen und die Gefährdung dieser geredet. Wir, die Jugend, werden in den Nachrichten häufig als die dargestellt, die die Corona-Parties feiern und das Virus verbreiten. Es wird dabei leider außer Acht gelassen, dass auch wir

unter dieser Krise zu leiden haben. Wir haben häufig keine Folgen durch das Virus an sich, aber sehr wohl aus der daraus folgenden Quarantäne. Vor allem durch die Kontakt- und Ausgangsbeschränkungen, die uns quasi zu Hause einsperren. Diese treffen aber besonders ärmere Menschen, die es sich nicht leisten können, ein Netflix- oder Spotify-Abo zu haben und kein Rückzugsort besteht, in dem sie ihre Schulaufgaben in Ruhe machen und sich entspannen können. Dieses Fehlen des Rückzugsortes beinhaltet häufig auch das Fehlen eines eigenen PCs oder der Hilfe der Eltern. Wenn die Schule wieder anfängt, ist das ein großer Nachteil, weil die anderen Schüler_Innen viel weiter im Lernstoff sind, als die ohne Endgerät und Ruhe. Wir können auch nicht mehr unsere Rückzugsorte besuchen, wie zum Beispiel Jugendclubs, in welchen wir Raum für Selbstbestimmung haben, eigene Erfahrungen sammeln und aus den Augen unserer Eltern sind. Zu Hause müssen wir dann häufig Hausarbeit übernehmen, also einkaufen gehen, putzen, kochen und Care-Arbeit, also uns z.B. um Verwandte kümmern, die krank sind. Der Anstieg an häuslicher Gewalt trifft nicht nur Frauen, sondern auch Kinder. Das kommt unter anderem daher, dass wir unseren Familienmitgliedern nicht mehr aus dem Weg gehen können. Diese sind vielleicht frustriert, weil sie ihren Job verloren haben durch die Krise oder durch Kurzarbeit nur noch 60% ihres Gehaltes bekommen. Die Kinder der Gewaltopfer können sich dann auch häufig nicht bei einer Stelle melden, die dafür zuständig ist, weil sie unter dauerhafter Kontrolle ihrer Eltern stehen. Es fallen nicht nur Jugendclubs weg, wo wir uns mit unseren Freund_Innen treffen, sondern auch der Ort, wo wir sie tagtäglich sehen würden, die Schule. Es gibt aber auch einige unter uns, die schon arbeiten oder eine Ausbildung machen. Dort sind wir die ersten, die entlassen werden, weil wir häufig nur Zeit- oder Honorarverträge, nur als Minijob angestellt sind, oder gar keinen offiziellen Arbeitsvertrag haben. Das macht es den Arbeitgeber_Innen leichter, uns zu kündigen. In anderen Fällen, zum Beispiel im Supermarkt, Essenslieferanten, Landwirtschaft, sind wir die, die noch zur Arbeit geschickt werden, weil wir zu jenen gehören, die nicht in der Risikogruppe sind. Höhere Löhne will uns unser_E

Chef_In trotzdem nicht zahlen. Wir sind aber essentiell wichtig zum Fortbestand vieler Firmen. Die AfD-Bundestagsfraktion schlägt vor, dass Schüler_Innen zur Zwangsarbeit in die Landwirtschaft geschickt werden, um „dem Vaterland unter die Arme zu greifen“ und „Disziplin zu lernen“. Die AfD benutzt hier Rhetorik, die an den Faschismus erinnert.

Warum

ist das alles so? Der Grund liegt im Kapitalismus, also der Form unserer Gesellschaft und des Wirtschaftens. Dieser ist darum aufgebaut, den Besitz einiger weniger krass zu vergrößern, die restliche Gesellschaft von diesem Reichtum fernzuhalten und trotzdem alles stabil laufen zu lassen, indem zum Beispiel gesagt wird, dass einem Sachen nur zustehen, wenn man sie sich „verdient“ hat und nicht bloß, weil man sie braucht oder es gerecht wäre. So werden einige der verschiedenen Unterdrückungsformen erklärt, die der Kapitalismus braucht, um zu funktionieren. Auch wir Jugendlichen werden unterdrückt, da uns nicht zugestanden wird, selbstbestimmt zu sein. So haben wir weder das Recht, frei über unseren eigenen Körper zu entscheiden noch das Recht auf Eigentum, da jeder Besitz, der eigentlich uns gehören müsste, im Zweifelsfall gesetzlich noch unseren Eltern gehört und wir von ihnen abhängig sind, weil wir eigenes Geld und darauf folgenden Möglichkeiten noch nicht „verdient“ haben. Falls wir schon arbeiten, werden wir deutlich schlechter bezahlt, weil wir es vor oder während der Ausbildung noch nicht „verdient“ haben, genauso viel (oder eher wenig) wie die anderen Arbeiter_Innen zu verdienen. Und Menschen wählen, die unsere Interessen vertreten, dürfen wir auch erst viel zu spät, weil wir es uns vorher noch nicht „verdient“ haben, mitzusprechen. Die Bevormundung und Prekarisierung wird uns immer wieder eingehämmert, sodass sich viele von uns schon damit abgegeben haben und keinen Widerstand leisten wollen. Wir aber schon! Wir bestehen trotzdem auf unsere Rechte und Freiheiten und fordern deshalb:

- Für

das Recht statt bei der Familie in selbstorganisierten Jugendzentren in Quarantäne zu gehen. Natürlich müssen auch hier Betreuung und alle nötigen Infektionsschutzmaßnahmen gewährleistet werden.

- Für den Ausbau von Schutzhäusern für Betroffene von häuslicher Gewalt!
- Abschaffung aller Lizenzen für Streamingplattformen und Musik! Kultur darf kein Privileg der Reichen sein!
- Lernmittel, wie Softwarepakete oder auch technische Grundausstattung wie Computer und Drucker müssen allen Schüler_Innen kostenlos zur Verfügung gestellt werden! Keine Benotung von E-Learning-Aufgaben!
- Für die gleichwertig bezahlte Freistellung von nicht lebensnotwendigen Berufen und eine Garantie der Übernahme, wenn es medizinisch wieder zu verantworten ist, arbeiten zu gehen!
- Für ein bedingungsloses Mindesteinkommen für Jugendliche, das uns ein unabhängigeres Leben ermöglicht. Beahlt durch die höhere Besteuerung der Reichen!

Corona und die kommende Wirtschaftskrise - eine Analyse

REVOLUTION Österreich

Die Corona-Gesundheitskrise bedroht nicht nur den Alltag, sondern das

Leben von Millionen Menschen weltweit. Die weitgehenden Quarantänemaßnahmen bedeuten auch einen Zusammenbruch der weltweiten Produktion. Wir stehen am Beginn einer Wirtschaftskrise, die höchstwahrscheinlich noch schlimmer sein wird als die nach 2008. Wenn es nach den Politiker_Innen und Bossen geht, werden die Kosten auf uns Arbeiter_Innen, Unterdrückte und Jugendliche abgewälzt werden. Das müssen wir verhindern!

In den vergangenen zwei Wochen haben in Österreich 200.000 Menschen ihren Job verloren, nochmal 250.000 sind in Kurzarbeit. In den USA haben sich in der Zeit sogar 10 Millionen arbeitslos gemeldet. In beiden Ländern sind prekär Beschäftigte und Scheinselbstständige (zum Beispiel Uber-Fahrer_Innen oder 24-Stunden-Pfleger_Innen) gar nicht mitgerechnet. Das kapitalistische Wirtschaftssystem lebt davon, dass Arbeiter_Innen produzieren und für Profit ausgebeutet werden. Wenn sie zuhause bleiben, wackelt das ganze System.

Krisen zeigen, wie das System läuft

Es ist offensichtlich, dass die Corona-Pandemie in vielen Ländern eine schwere Gesundheitskrise ausgelöst hat. Nicht nur verbreitet sich das Virus sehr schnell und stellt eine echte Lebensgefahr dar, die Auswirkungen drohen auch die Gesundheitssysteme an ihre Kapazitätsgrenzen zu bringen. In Norditalien ist das beispielweise schon passiert - viele Patient_Innen konnten nicht mehr versorgt werden. Diese Krise zeigt schmerzhaft klar auf, was im Gesundheitssystem schon seit Jahren schief läuft, Einsparungen, Privatisierungen und zu wenige Pfleger_Innen und Ärzt_Innen.

Eine Krise ist immer ein Moment, wo die Entscheidungsträger_Innen nicht mehr so weiter machen können wie bisher. Wenn sie sich weiter an die bisherigen Regeln, Strukturen, und so weiter halten, produziert das System nicht die Ergebnisse, die man eigentlich möchte. Zum Beispiel, dass Menschen an heilbaren Krankheiten sterben, weil keine Betten frei sind. In einer Krise ist es deshalb besonders einfach zu verstehen, wie ein System wirklich funktioniert. Unter anderem, weil die blödsinnigen Versprechen von ewigem Wachstum oder gerechter Verteilung wegfallen. Aber auch, weil wir

sehen können was für Auswirkungen es hat, wenn ein „Rädchen“ sich nicht mehr weiterdreht.

Die Wirtschaftskrise, die jetzt schon begonnen hat, ist von den Auswirkungen der Gesundheitskrise *ausgelöst* worden. Die *Gründe* sind aber vielfältig, haben ursprünglich nichts mit Corona zu tun und hatten sich schon länger angekündigt. Im Grund genommen kann man sagen, dass (1) ein kurzfristiger Zusammenbruch von Produktion und Nachfrage auf (2) seit längerem eskalierende internationale Spannungen und Handelskriege, (3) eine seit Jahren fallende Profitrate bei Güterproduktion und Dienstleistungen und (4) zwei riesige „Blasen“ auf den Finanzmärkten trifft.

Produktion, Reproduktion und Verteilung im Kapitalismus

Eine kapitalistische Krise bedeutet immer einen zeitweisen Zusammenbruch des Kapitalkreislaufs. Die kapitalistische Warenproduktion funktioniert so, dass Arbeiter_Innen in der Produktion bereits bestehende Waren (zum Beispiel Rohmaterialien oder Zwischenprodukte) physisch verändern, also andere Waren daraus machen - „weiterverarbeiten“. Dazu verwenden sie Werkzeuge und Maschinen, so genanntes fixes Kapital, das von den Kapitalist_Innen zur Verfügung gestellt wird.

Das Produkt ihrer Arbeit gehört aber den Kapitalist_Innen, die sie dann auf dem Markt verkaufen und den Erlös behalten. Der Unterschied zwischen Erlös und Fixkosten ist der in Geld ausgedrückte Unterschied zwischen Materialien und Produkt. Also wird zum Beispiel für die Produktion von Schrauben ein gewisser Betrag an Fixkosten (Maschinen, Rohstoffe, etc.) benötigt und nach dem Verkauf der Schrauben wird hoffentlich ein höherer Betrag, der Erlös, eingenommen. Dieser Unterschied entspricht dem Ausmaß an menschlicher Arbeit im Produktionsprozess, und teilt sich auf in Löhne und Profite. Profite entsprechen also dem Anteil unbezahlter, vom Lohn nicht abgedeckter Arbeit - mit anderen Worten ist der von den Arbeiter_Innen unbezahlt produzierte Mehrwert essentielle Grundlage des Profits. Dieselbe Logik gilt bei Dienstleistungen. Auch hier fußt der Profit darauf, dass die vollbrachte Arbeit mehr Wert schafft als der ausbezahlte Lohn ausdrückt.

Der Unterschied zur Warenproduktion ist im Wesentlichen nur ein zeitlicher. Während bei Waren der Verkauf und die Realisierung des Kaufpreises erst nach der Produktion stattfindet, passiert dies bei Dienstleistungen zeitgleich. Ich konsumiere die Taxifahrt, den Haarschnitt und ähnliches während sie „produziert“ werden.

Am Anfang des Kapitalkreislauf wird also Geld in Waren, nämlich fixes Kapital und Arbeitskraft, verwandelt. Waren sind eben nicht nur Dinge, die man im Supermarktregal kaufen kann, sondern auch abstraktere Dinge, wie die menschliche Arbeitskraft. Im Produktionsprozess werden Kapital und Arbeitskraft verbraucht, am Ende stehen andere Waren, das Produkt (in unserem Beispiel: Arbeiter_Innen verwenden Maschinen und Rohstoffe, um Schrauben herzustellen). Diese werden dann auf dem Markt wieder in Geld verwandelt, den Erlös. Marxistische Ökonom_Innen beschreiben diesen Prozess als $G - W - W' - G'$, Geld - Ware - andere Waren - Mehr Geld.

Das

„Mehr Geld“ wird dann wieder in fixes Kapital und Arbeitskraft investiert, ein neuer Produktionsprozess begonnen. Die Höhe des Profits bestimmt, wie schnell der Kapitalismus wachsen kann, je höher das „Mehr Geld“ am Ende ist, desto mehr kann man in der nächsten „Runde“ produzieren und investieren. Man kann auch sagen, dass der *Verwertungsprozess* im Kapitalismus gleichzeitig der *Reproduktionsprozess* ist - das System reproduziert sich ständig selbst über diesen Ablauf, wie eine größer werdende Spirale der Kapitalanhäufung.

Wettbewerb und Krise

Die grundlegende Funktion des Kapitalkreislauf ist auf jeder Ebene, von der einzelnen Firma, über regionale Wirtschaftskreisläufe bis zum globalen Kapitalismus, dieselbe. Wie der Prozess genau gestaltet wird, ist aber die Entscheidung der einzelnen Kapitalist_Innen. Die stehen aber miteinander in ziemlich brutalem Wettbewerb: Wem es nicht gelingt, die Konkurrenz zu ausschalten, der oder die wird wahrscheinlich selbst bankrottgehen.

Die wichtigsten Waffen in diesem Krieg sind neue Maschinen und

Preispolitik. Wenn man es sich leisten kann, in neue Maschinen zu investieren, kann man die eingesetzte Arbeitskraft produktiver machen, also mehr Profit aus jeder_M Arbeiter_In herausbekommen. Wer niedrigere Produktionskosten hat, kann auch einen Preis festsetzen, der unter den Kosten der Konkurrent_Innen liegen. Die machen dann Verluste und nach einiger Zeit gehen sie pleite, so dass ihr Marktanteil erobert werden kann.

Diesen Prozess nennt man auch Kapitalisierung: Es wird mehr Geld für fixes Kapital ausgegeben, damit die Arbeitskosten gesenkt werden können, das Kapital-Arbeitsverhältnis steigt (von Marx auch „organische Zusammensetzung des Kapitals“ genannt). Weil aber nur menschliche Arbeit Wert und Profit schafft, untergräbt das auf lange Sicht das Verhältnis Profit zu Kapital, die Profitrate. So führt das Streben der Kapitalist_Innen nach mehr Profit immer zu einer sinkenden Profitrate, also auch weniger Wachstum, und größeren Schwierigkeiten den Kapitalkreislauf zu reproduzieren.

Der Verfall der

Profitrate im Kapitalkreislauf ist der Grund für regelmäßige Krisen. Ausgelöst

werden diese aber meistens durch die Reaktion auf die Schwierigkeiten im Kapitalkreislauf.

Zum Beispiel investieren Kapitalist_Innen gerne in Finanzprodukte (z.B. Wertpapiere, Aktien, u.ä.), wenn die Profite in ihren „eigenen“ Produktionsprozessen zu wünschen übriglassen. Der kurzfristige Gewinn auf den Finanzmärkten hängt vor allem davon ab, dass die Nachfrage weiter steigt und man die eigenen Aktien und Wertpapiere über dem Kaufpreis verkaufen kann. Das führt in einer Situation von fallenden Profitraten auch tatsächlich zu mehr Nachfrage nach Finanzprodukten, die Investitionen scheinen ein gutes Geschäft zu sein. Der Preis der Wertpapiere, egal ob es Aktien, Hauskredite oder Derivate sind, steigt dann immer höher über den tatsächlich erwarteten Ertrag des Papiers selbst (den nennt man auch je nach Wertpapier Dividenden, Zinszahlungen oder Ausschüttungen). Der erwartete Profit beruht also nicht nur auf der Investition, sondern zu einem immer größeren Teil auf Spekulation.

Investitionen im Kapitalismus sind meistens durch Kredite finanziert, sowohl in der Produktion als auch auf den Finanzmärkten. Auch an Arbeiter_Innen werden Kredite für Konsum oder Hausbau angeboten, damit sie ihren Lebensstandard trotz eventuell fallender Löhne halten können. Diese finanziellen Blasen sollen die Krisenauswirkungen der fallenden Profitrate aufhalten, aber wenn sie platzen stellt sich heraus, dass diese nur verzögert wurde.

Börsencrash im März 2020

Tatsächlich sind im März die wichtigsten amerikanischen, europäischen und asiatischen Börsen zusammengebrochen, noch bevor die Pandemie in den meisten Ländern zu strengen Isolationsmaßnahmen geführt hatten. Der Dow Jones (ein wichtiger amerikanischer Börsenindex) ist in den ersten drei Märzwochen um 30 % gefallen, der schnellste Kurssturz seit Beginn der Aufzeichnungen.

Hier waren zwei Faktoren zusammengekommen. Auf der einen Seite hatten Saudi-Arabien und Russland einen Preiskrieg auf dem Ölmarkt begonnen, also Öl bewusst günstig verkauft, um der Gegenseite die Profitgrundlage zu entziehen. Investitionen am Energiemarkt hatten daraufhin eine schlagartig niedrigere Profiterwartung und Anleger_Innen versuchten ihre Wertpapiere in bares Geld zu verwandeln.

Außerdem wurden die Folge des umfassenden „Lockdown“ in China spürbar, die viele Zwischenprodukte für weltweite Produktionsketten liefern. Auch hier mussten sich Kapitalist_Innen nach Krediten umsehen, um den erwarteten Umsatzverlust zu überstehen, und verkauften andere Anlagen.

Das Ergebnis ist eine klassische Finanzkrise, in der die Nachfrage nach Wertpapieren und daher die Kurse zusammenbrechen, Kreditnehmer_Innen nicht mehr in der Lage sind zurückzuzahlen, und viele Firmen Überbrückungskredite anfordern, die aber nur teuer zu bekommen sind, weil

die Rückzahlung unsicher ist.

Die Nachwirkungen der Krise 2008

Ähnlich hatte auch die Krise 2008 begonnen, wo eine massive Blase auf den Hypotheken- und Hausmärkten geplatzt war als die Rückzahlungsausfälle sich häuften. Das hatte die Profitkrise in der europäischen und US-amerikanischen Produktion offengelegt und zur größten globalen Krise seit 1929 geführt.

Üblicherweise führen Krisen zu einer Reihe von Firmenpleiten und damit zu einer Vernichtung (also Außerdienststellung) von deren fixem Kapital. In der Folge ist eine Erholung möglich, weil der Anteil der menschlichen Arbeitskraft wieder steigt und in der Tendenz die produktiveren Kapitale überleben.

Die Antwort 2008 bestand aber aus einer Kombination aus Niedrigzinspolitik, internationaler Koordination, und der kaum beschädigten Produktivität in China und Lateinamerika (vor allem Brasilien), die den Weltwirtschaftsmotor wieder ankurbelte. Außerdem wurden viele sozialstaatliche Errungenschaften der Arbeiter_Innenklasse mit massiven Austeritätsprogrammen angegriffen und beseitigt. Die Kosten, die nicht verhindert werden konnten wurden also auf die Bevölkerung abgewälzt.

Mit der **Niedrigzinspolitik** wurde das Reproduktionsproblem des Kapitalismus nach ersten Geburtsschwierigkeiten teilweise gelöst, aber nicht die Verwertung angekurbelt. Die Kapitalist_Innen blieben auf ihren Produkten und dem fixen Kapital der Vorkrisenperiode sitzen, ein neuer Zusammenbruch war vorprogrammiert.

Auch internationale Koordination hat bestimmte Grenzen, die durch den globalen und brutalen Wettbewerb im Kapitalismus gegeben sind. Dass dieses Instrument überstrapaziert war konnte man an den Handelskriegen,

vor allem zwischen den USA und China, und der EU und Russland, sehen. Die nationalen Kapitale verlangten hier von ihren Regierungen sie bei der Durchsetzung gegen die internationale Konkurrenz tatkräftig zu unterstützen.

Und China, wo die Produktivität sich schon vor 2020 verlangsamt hatte, ist besonders hart von der Pandemie getroffen. Zumindest in den nächsten Monaten wird es nicht in der Lage sein, die Weltwirtschaft mit Investitionsmöglichkeiten und Nachfrage auszuheilen.

Politische Spielräume und internationale Spannungen

Die unmittelbaren Auswirkungen der Coronakrise sind vor allem ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, ein Zusammenbrechen der kapitalistischen Investitionen, für die im Moment kein hoher Ertrag zu erwarten ist. Weder Arbeiter_Innen noch Kapitalist_Innen haben im Moment die Mittel oder die Lust, groß einzukaufen, was zu einem Zusammenbruch der globalen Nachfrage (außer für Medizinprodukte) führt. Das bedeutet, um den Begriff von vorhin zu verwenden, eine **Realisierungskrise**.

Gleichzeitig stehen auch viele bereits bezahlte Investitionen still, weil Arbeiter_Innen und Zwischenprodukte fehlen, es kommt also eine weltweite **Produktionskrise** dazu. Nachdem die Verwendung menschlicher Arbeitskraft in der Produktion die Grundlage des kapitalistischen Profits ist, bricht der Kapitalkreislauf auch an diesem Punkt zusammen.

Der Zusammenbruch der Finanzmärkte ist eine Folge der Krisentendenz der fallenden Profitrate, die im Kapitalismus immer auftreten wird. Sie wird noch verschärft durch die internationalen Spannungen und deren Auswirkungen auf die Energiemärkte (Preiskrieg) und die Produktionsketten (Handels- und Zollkrieg). Das führt dazu, dass Kapitalist_Innen nicht an die Mittel kommen um sich über die Krise zu retten, oder neue Investitionen zu finanzieren, also einer tiefen **Kreditklemme**.

Die Kombination dieser drei Krisendynamiken und die Kosten der Gesundheitskrise lassen erahnen, dass uns eine Rezession bevorsteht, die sehr wahrscheinlich noch schlimmer sein wird als 2008 oder sogar 1929. Auf der einen Seite ist das so, weil die Auswirkungen der drei Faktoren sich aufsummieren. Aber auch der Weg aus der Krise heraus ist schwieriger, weil nicht nur ein Problem (vorübergehend) gelöst werden muss. Außerdem sind die Lösungsstrategien, die 2008 halbwegs funktioniert haben, fast restlos ausgeschöpft.

Darauf können sich auch die ökonomischen Vertreter_Innen der Kapitalist_Innen, in den großen Banken und Universitäten, einigen. Die Bank of America erwartet bis zu 20 Millionen mehr Arbeitslose und einen Einbruch des Wirtschaftswachstums um 10 Prozentpunkte. Das würde die tiefste Krise seit dem zweiten Weltkrieg bedeuten. Und selbst dieses Szenario geht optimistisch davon aus, dass die Weltwirtschaft schon im Oktober wieder normal läuft und kräftig wächst.

Auch die Washington Post titelt *„Die Coronakrise zeigt, dass unsere Wirtschaft nicht so stark ist wie gedacht“*. Nouriel Roubini, der das Buch *„Crisis Economics“* geschrieben hat und unter bürgerlichen Ökonom*innen als Experte gilt, schreibt, dass die Krise tiefer als 2008 und die Erholung weniger erfolgreich sein wird.

Wer leidet unter, wer bezahlt für die Krise?

Sowohl die Pandemie als auch die ersten Auswirkungen der Krise treffen die unterdrücktesten Teile der Arbeiter_Innenklasse am härtesten. In New York City, wo diese Daten bezirksweise veröffentlicht werden, liegen die Infektionen in den ärmsten Bezirken teilweise um das Fünffache über denen

in den besten Gegenden von Manhattan. Besonders junge und migrantische Arbeiter_Innen sind von Entlassungen, besonders Frauen von der gefährlichen Arbeit mit mangelhafter Schutzausrüstung betroffen. Und die UN warnt davor, dass der Virus in afrikanischen Ländern zu Millionen Toten führen könnte. Gleichzeitig nimmt die Gewalt gegen Frauen und rassistische Hetze, vor allem gegen Menschen aus asiatischen Ländern und Geflüchtete, massiv zu.

Im Moment verschlechtert sich die Lage in Österreich sowohl für Arbeiter_Innen, die mit Arbeitslosengeld oder Kurarbeit zwischen 10 % und 40 % ihres Gehalts verlieren, aber auch für die Kapitalist_Innen und Unternehmer_Innen die ganz ohne Einkommen dastehen. So eine Unsicherheit lässt sich in der eigenen Villa und mit dickem Sparkonto aber besser überstehen als für die 20 % der Bevölkerung deren Gesamtvermögen unter 10.000 Euro liegt.

Ein großes Problem ist, dass unsere politische und gewerkschaftliche Aktivität im Moment fast stillsteht, während Regierung und Kapitalist_Innen ihre politischen Vorstellungen direkt in Gesetze gießen können, und das auch tun. Dass die Überbrückungshilfen vor allem an große Unternehmen ausbezahlt werden, oder dass Arbeiter_Innen im „Home-Office“ den Jahresurlaub aufbrauchen sollen, zeigen das ganz klar.

Wir müssen sicherstellen, dass die Kosten der kommenden Krise nicht auf die Arbeiter_Innen, Jugendlichen und Unterdrückten abgewälzt werden. Das bedeutet auf der einen Seite schon jetzt Bündnisse zu schmieden, mit Bekannten, Kolleg_Innen und politischen Aktivist_Innen zu reden und uns vorzubereiten. Es würde wohl Sinn machen, am „Tag X“ nach der Quarantäne eine Großdemonstration gegen alle Entlassungen, Lohnkürzungen und geplanten Sparpakete zu organisieren, aus der eine kämpferische Bewegung entstehen kann.

Bis dahin müssen wir uns um ein politisches Aktionsprogramm sammeln. Eckpunkte müssen ein (1) Verbot aller Entlassungen und Wohnungskündigungen, (2) Weiterbezahlung der vollen Löhne, (3) ausreichende Bereitstellung von Schutzmaterial in den Berufen die

weiterarbeiten müssen, festgelegt von den Arbeiter_Innen selber, (4) die Öffnung der Grenzen für Geflüchtete die jetzt besonders gefährdet sind, (5) Ausbau der Schutzeinrichtung für Betroffene von häuslicher Gewalt, und (6) Bereitstellen von Wohnmöglichkeiten in leerstehenden Häusern und Hotels für Geflüchtete, Obdachlose und andere die es brauchen, sein.

KURZ ERKLÄRT I: Krise ist immer dann, wenn einer dieser Übergänge nicht mehr gelingt. Wenn die Produkte nicht mehr verkauft, also in Geld umgewandelt werden können, heißt das **Realisierungskrise**, wenn man gerne investieren möchte aber nicht an die notwendigen Mittel kommt sagt man **Kreditklemme**, und wenn der Produktionsprozess zusammenbricht (zum Beispiel, weil die Arbeiter_Innen in Quarantäne müssen) kann man das **Produktionskrise** nennen.

KURZ ERKLÄRT II: Niedrigzinspolitik ist eine Strategie mit den Zentralbanken versuchen mit sehr geringen bis 0%-Zinsen Investitionen anzukurbeln. Da der der (Nominal-) Leitzinssatz jedoch nicht weiter als auf null fallen kann hat diese Strategie gegenwärtig eine begrenzte Effektivität.

Was können Antikapitalist_Innen in FFF jetzt noch tun?

Marvin Schutt + Jakob Wendehals

Auch bei Fridays for

Future hat die Corona-Pandemie eine Atempause ausgelöst, zumindest was Aktivismus außerhalb des Internets angeht. Manche Zyniker_Innen

behaupten zwar, das Virus, das Fabriken schließt und

Fluggesellschaften in den Abgrund reißt, sei die lang ersehnte

Lösung der Umweltkrise. Wir denken aber immer noch, wir können dem

Kapitalismus auch nach vorne entkommen und sind nicht darauf

angewiesen, in ein Zeitalter von Seuchen und Subsistenzwirtschaft zurückzufallen. Da sich aktuell auch viele Andere nicht damit zufriedengeben wollen, wird die Bewegung wohl früher oder später weitergehen. Was sind dann aber die Aufgaben von Antikapitalist_Innen, denen Warten auf das nächste Klimapäckchen und ein paar Appelle an die Regierung nicht ausreichen?

Die aktuelle Situation in FFF

Schon

vor Corona befand sich die FFF-Bewegung in einer Phase der Stagnation: Kaum in einer Stadt ist noch regelmäßig und massenhaft gestreikt worden, auch die Teilnehmer_Innenzahlen der Großveranstaltungen und Aktionstage sanken und führende Aktivist_Innen sind frustriert, überarbeitet und ziehen sich ins Private zurück. Der Hauptgrund dafür ist das Ausbleiben politischer Erfolge. Millionen von Aktivist_Innen haben sich der Bewegung angeschlossen, um den Klimawandel zu stoppen, haben viel Gegenwind und Repression für ihren Aktivismus geerntet und viel Kraft, Energie und Arbeit in die Bewegung gesteckt. Und was haben wir dafür bekommen? Lausige Klimapakete, folgenlose internationale Konferenzen und eine Menge heißer Luft.

Die

Klimakrise kann jedoch nicht beendet werden, wenn wir sie nicht an ihren Wurzeln in der kapitalistischen Profitlogik, dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der schonungslosen Ausbeutung von Mensch und Natur anpacken. Die Forderungen von FFF sind weit davon entfernt. Sie verbinden die sozioökonomischen Interessen der Millionen von Lohnabhängigen in diesem Land nicht mit der Klimafrage. Die Bewegung hat es auch deshalb nicht geschafft, sich zu verbreitern und neue Teile der Gesellschaft außerhalb von ökologisch bewussten Schüler_Innen und Studierende zu mobilisieren. So konnte die Bewegung zwar viel Aufmerksamkeit für die Klimakrise schaffen, hat jedoch inhaltlich einen Green New Deal vorgeschlagen und sich damit in Deutschland eher zur Wahlkampfhelferin der Grünen qualifiziert,

anstatt eine systemverändernde Kraft darzustellen. Obwohl FFF in seinem ganzen Erscheinungsbild irgendwie links wirkt, ist es wichtig, dass wir nicht vergessen, dass es sich um eine pro-kapitalistische Bewegung handelt, da es vor allem zum Ziel hat, bloß den Kapitalismus „grüner“ zu machen. Doch das ist nicht in Stein gemeißelt und wenn das jemand ändern kann, dann wir Antikapitalist_Innen!

Was können wir also tun?

Zuerst

einmal ist es wichtig, dass wir offen als Antikapitalist_Innen in der Bewegung auftreten. Wenn wir Verstecken spielen, tun wir Luisa und Co. nur den Gefallen, dass sie sich nicht öffentlich positionieren müssen und machen es ihnen leicht, uns als Unterwanderer und Spalter_Innen darzustellen. Stattdessen sollten wir offen und deutlich aber solidarisch unsere Kritik an der Führung und dem aktuellen Kurs der Bewegung äußern.

Daneben

sollten wir uns darauf konzentrieren, selbst Aktionen zu machen. Ausschließlich Debatten über Strukturvorschläge helfen uns gerade nicht weiter und lenken unsere Aktivität nach innen statt nach außen, wo sie die frustrierten Aktivist_Innen gerade eigentlich brauchen. Und wenn wir die ganze Zeit nur am Rand stehen und meckern, wird uns auch eh niemand ernst nehmen.

In

der Praxis können wir zeigen, was wir mit antikapitalistischer Politik meinen. Eine hervorragende Gelegenheit dafür bietet eine Kampagne für kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, denn der Verkehr stellt

die drittgrößte Quelle für CO2-Emissionen in Deutschland dar.

Dazu mehr im Artikel „Vom

kostenlosen Nahverkehr bis zum Sozialismus – Wie geht das?“.

Da eine Tarifrunde für die Beschäftigten im Nahverkehr Ende Juni

vor der Tür steht, liegt hier eine Zusammenarbeit mit den Arbeiter_Innen und Gewerkschaften auf der Hand. Sollte die Kampagne Erfolg haben, kann sie der Basis von FFF eindrucksvoll vor Augen führen, dass die organisierte Arbeiter_Innenklasse eine wesentlich bessere Kampfpartnerin als die „Entrepreneurs for Future“ oder die Grünen ist.

Gleichzeitig

kann die Kampagne ein Beispiel dafür sein, wie wir nicht nur das Was sondern auch das Wie der Arbeit von FFF verändern können. Anstatt die thematischen Schwerpunkte und die Arbeitsweise offen und gemeinsam zu diskutieren, werden nämlich aktuell unzählige Kleingruppen gebildet, die still vor sich hinarbeiten und nur von der Führung wahrgenommen, priorisiert und kontrolliert werden. Dies müssen wir durchbrechen und stattdessen für anlassbezogene Aktionskonferenzen eintreten, die Beschlüsse für die ganze Bewegung demokratisch fassen können. Die Konferenzen sollten die gesamte Bewegung repräsentieren und aus demokratisch gewählten und abwählbaren Delegierten aus Schulen, Unis und Ortsgruppen bestehen. So können wir nicht nur die undemokratische Führung loswerden, sondern zugleich auch die vielen überlasteten Aktivist_Innen entlasten, indem neue Menschen Zugang in die Organisationsarbeit bekommen und die Arbeit auf mehrere Schultern verteilt wird.

Um

neue Aktivist_innen in die Bewegung zu integrieren, müssen wir darüber hinaus im Zuge der Nahverkehrskampagne anfangen, aktive Basisarbeit zu machen. Wir müssen anfangen, uns auch dort zu organisieren, wo wir uns tagtäglich aufhalten: in unseren Schulen, Unis und Betrieben. Vor Ort müssen wir Basiskomitees aufbauen, die kontinuierlich Arbeit machen. Anstelle sich nur unter Gleichgesinnten zu bewegen, lohnt es sich durch Mobilisierungen, Vollversammlungen und kleineren Aktionen vor Ort die Debatte zu anderen Leuten zu bringen und unsere Themen sichtbarer zu

machen. Das sorgt für eine stetige Auseinandersetzung und befähigt gleichzeitig viele von uns, sich mehr einzubinden. Vor allem, ist die Hemmschwelle, sich einzubringen, für viele dort wesentlich geringer.

Lasst

uns Vollversammlungen und Veranstaltungen an unseren Schulen organisieren, auf denen wir gemeinsam mit den Belegschaften aus dem öffentlichen Nahverkehr diskutieren, wie eine ökologische Verkehrswende aussehen kann. Gleichzeitig sollten wir als Schüler_Innen und Aktivist_Innen die Streikversammlungen und Streikposten der Beschäftigten besuchen, um unsere Solidarität auszudrücken. Was wir brauchen ist ein bundesweiter Aktionstag von FFF zum Thema Verkehrswende in Solidarität mit den Streiks und den Beginn einer aktiven Arbeit an unseren Schulen. Wenn ihr dabei Unterstützung haben wollt, meldet euch gerne bei uns.

Bernie Sanders - Warum ist er so populär?

Jan Hektik

Als linker Kandidat tritt Bernie Sanders in den US-amerikanischen Vorwahlen der Demokrat_Innen an, in denen entschieden wird, wer als demokratischer Präsidentschaftskandidat antreten darf. Dabei ist er nur noch zu zweit im Rennen gegen seinen Kontrahenten Joe Biden. Dieser ist der Kandidat des Establishments (also der bürgerlichen Führungsriege) und hat vor allem aufgrund der Unterstützung des Parteiapparats inklusive einiger Medienhäuser einigermaßen Vorsprung. Sanders kann sich auf diese nicht verlassen. Er wird von der Parteiführung und der Presse gleichermaßen gehasst. Und das aus den selben Gründen, wieso er große Unterstützung vor allem bei jüngeren Menschen genießt: Seine politischen Positionen, welche

aktuelle schwerwiegende Probleme in den USA ansprechen. Er bezeichnet sich selbst als democratic Socialist (demokratischer Sozialist), was heißt, dass er sich in seinem Wahlkampf auf Reformen im Interesse der arbeitenden Klasse¹ fokussiert und diese gezielt anspricht. Sein Hauptslogan ist „not me, us“ (nicht ich, sondern wir) und unterstreicht damit die aufkommende linke Massenbewegung, die ihn unterstützt und dafür gesorgt hat, dass er die meisten Einzelspenden für eine_N Präsidentschaftskandidat_In in der Geschichte der USA erhalten hat. Er nimmt keine Spenden von Konzernen an und verweigert eine Zusammenarbeit mit ihnen. Er fordert höhere Steuern für Reiche, Investitionen in Bildung, Gesundheit, Infrastruktur und Umweltschutz sowie die Schwächung der Macht der großen Konzerne in den USA. Speziell aber feiern ihn seine Unterstützer_Innen für seinen Plan, ein einheitliches Krankenversicherungssystem zu schaffen, in dem jeder Mensch je nach Einkommen einzahlt und die gleichen (weitreichenden) Leistungen bekommt (Single-Payer-Health-Care-System). Dies würde sogar gegenüber europäische Staaten einen Fortschritt darstellen, da auch hierzulande private Krankenversicherungen bestehen und sich die Reichen von den Kosten der Gesundheitsversorgung der Armen befreien. Für die USA ist es ein umso krasserer Wandel, da es praktisch keine flächendeckende, staatliche Krankenversicherung gibt. Ein bedeutender Teil der US-amerikanischen Bevölkerung ist überhaupt nicht versichert, ein noch größerer Teil ist unterversichert, sodass sie für die meisten Leistungen draufzahlen müssen und das bei massiv höhere Ausgaben für die Gesundheitsversorgung als in Europa. Dieses System ist gut für die Reichen, die sich eine umfassende Gesundheitsversorgung leisten können oder sogar im Gesundheitssektor daran verdienen, und lässt die Armen ohne Möglichkeit zurück, sich um ihre Versorgung anständig zu kümmern, ohne gleichzeitig unter einem Schuldenberg begraben zu werden. Es wird geschätzt, dass mehrere Zehntausende Menschen jedes Jahr sterben, weil sie sich weder die Versicherung noch die Behandlung leisten konnten. Aktuell zeigt sich das Problem der fehlenden Versicherung an der Ausbreitung des Corona-Virus, weil viele Menschen sich weder einen Test, noch die Behandlung leisten können und oftmals wird der Lohn nicht weitergezahlt, wenn man krank daheim bleibt. Deshalb ist insbesondere diese Forderung unfassbar beliebt

und zwar in mehr oder weniger allen Wahlgruppen, inklusive der Unterstützer_Innen des Establishments der Demokraten und den Unterstützer_Innen der republikanischen Partei.

Chancen und Schwächen

Neben den offensichtlichen Vorteilen, die eine Umsetzung dieser Politik bedeuten würde, gibt es sogar noch bedeutendere Chancen, die allein schon durch seinen Wahlkampf und Medienpräsenz erreicht werden. Zunächst einmal erleichtert es die Arbeit von Kommunist_Innen extrem, dass er einen vollständig neuen Fokus in der US-amerikanischen Politik setzt und zwar in mehrerer Hinsicht: Erstens wird durch seine Popularität der Begriff „Sozialismus“, der in den USA für gewöhnlich mit „Unfreiheit“ gleichgesetzt wird, neu und dabei deutlich positiver belegt. Zwar ist Sanders politisch eher als linker Sozialdemokrat einzuordnen, jedoch bezeichnet er sich selbst als demokratischer Sozialist und ein großer Teil der Jugend verbindet mit dem Begriff Sozialismus nun soziale Politik wie eine allgemeine Gesundheitsversorgung. Zweitens ist er gezwungen, seinen Wahlkampf weg von identitätspolitischen Schwerpunkten hin zu programmatischen Fragen auszurichten. Als weißer heterosexueller Mann über 70 kann man halt schlecht sagen, dass man deswegen gewählt werden sollte, weil man weiblich (Hillary Clinton), Person of Colour (Barack Obama), jung und/oder LGBTIA ist (Pete Buttigieg). Dieser Fokus auf die Person ist aber absolut üblich in der US-amerikanischen Politik („Wählt mich, denn ich bin toll“ anstatt „Wählt mich, denn ich möchte tolle Politik machen“). Und drittens spricht er die Frage der Klasse an und stellt klar heraus, dass die Interessen der Reichen und die Interessen der arbeitenden Klasse entgegengesetzt sind und dass momentan eine Politik gegen die Interessen der arbeitenden Klassen gemacht wird. Dies sind alles Punkte, die im Programm von Sanders liegen und dafür sorgen, dass sich die Situation in den USA für linke Kräfte massiv verbessert.

Schließlich führt das Establishment der Demokrat_Innen einen schmutzigen Kampf gegen Sanders und versucht mit aller Kraft zu verhindern, dass er Kandidat wird. Verleumdungen, undemokratische Tricksereien beim Wahlvorgang (z.B. Behinderung der Wahlen in Gegenden, wo demographisch

viele Sanders-Supporter wohnen) und Hinterzimmerdeals zwischen den restlichen Kontrahent_Innen sind da nur einige der Manöver. Dies macht allen Unterstützer_Innen dieser Politik klar, dass die demokratische Partei eine Partei der herrschenden Klasse ist und ihnen die Interessen der arbeitenden Klasse und der unterdrückten Gruppen scheiß egal sind. Dieser Konflikt wird Sanders zwar aufgezwungen, bietet jedoch die größte Chance einer Arbeiter_Innenpartei in den USA seit Jahrzehnten, da es dadurch immer leichter wird, klar zu machen, auf welcher Seite die Demokrat_Innen wirklich stehen. Viele in der Bewegung radikalisiert sich dadurch zunehmend und verlangen nach einer Politik, die sich nicht nur weg von der Demokratischen Partei sondern auch weg vom bloßen Parlamentarismus hin zu einem Kampf auf der Straße und in den Betrieben wendet.

Genau hier liegen aber auch die Schwächen von Sanders. Seine Politik hat Grenzen und falsche Grundannahmen, indem er zwar durch die Reformen eine massive Verbesserung erkämpfen könnte, diese Veränderungen jedoch nur durch Wahlen und Parlamente bewirkt werden und nicht das kapitalistische System als solches überwunden werden soll. Dazu sind folgende weitere Punkte hierbei relevant. Wie oben bereits angedeutet, scheut er den Kampf mit den Demokrat_Innen. In den USA ist die Vorstellung vorherrschend, dass wer als linker Kandidat unabhängig als Präsidentschaftskandidat_In antritt, den Rechten zum Sieg verhilft, weil die Person die Stimmen spalte. Hauptschuldig ist daran zwar das undemokratische Wahlmenschen-System², trotzdem werden auch Sanders Spaltungsabsichten vorgeworfen. Leider dreht er diesen Vorwurf nicht um, indem er die Führung der Demokrat_Innen angreift und entlarvt, dass sie undemokratisch handelt und gegen die Interessen der arbeitenden Klasse Politik macht und somit eine Einheit mit diesen Kräften den Interessen unserer Klasse nicht hilft. Stattdessen ordnet er sich diesem Vorwurf unter. 2016 hat er Hillary Clinton nach seiner Niederlage unterstützt und in dem aktuellem Vorwahlkampf sagt er, Biden könne Trump schlagen. Generell stellt er die Einheit der demokratischen Partei hoch und schürt somit auch weiter Illusionen in diese bürgerliche Partei.

Notwendigkeit

einer unabhängigen Arbeiter_Innenpartei

Das Problem an klassenübergreifenden Bündnissen ist, dass die Arbeiter_Innenklasse und die Unternehmer_Innen entgegengesetzte Interessen haben und deshalb faktisch immer ein Interesse dem anderen untergeordnet wird. Bei der demokratischen Partei handelt es sich nun aber nichtmal um ein solches Bündnis, sondern eine offen bürgerliche Partei, welche durch winzige Reformen, Rhetorik und Alternativlosigkeit auch Unterstützer_Innen in der Arbeiter_Innenklasse hat. Viele Sanders-Unterstützer_Innen glauben, diese Partei reformieren zu können, jedoch wird dies nicht möglich sein. Die komplette Partei ist von Strukturen durchzogen, welche sicherstellen, dass der Einfluss des Kapitals bestehen bleibt und dominiert. Was wir in den USA benötigen, ist eine neue, eine Arbeiter_Innenpartei, welche sich auf die Gewerkschaften und die arbeitende Klasse sowie andere unterdrückte Gruppen stützt und deren Kämpfe zum Zwecke einer Massenbewegung verbindet. So könnten auch die Unruhen, die im Rahmen der Me Too, der Black-Lives-Matter-Bewegungen und dem „March for our lives“ aufkamen, mit den Kämpfen der LehrerInnen und anderer Arbeiter_Innen zu Streiks, Besetzungen und einem Erstarben des Klassenkampfes zusammengeführt werden. Und somit gäbe es die Chance, nicht nur eine Wahl zu gewinnen, sondern eine bleibende Grundlage für eine sozialistische Revolution in den USA zu legen. Hierfür ist die Bewegung um Sanders der beste Ansatz der letzten Jahrzehnte. Durch die Konfrontation mit der Führung der Demokrat_Innen ist dort ein Bewusstsein für die Notwendigkeit des Konfliktes größer als bei Sanders selbst. Die Bewegung hat viel Einfluss in Gewerkschaften, den Communitys der People of Colour und vor allem der Jugend und sieht die Notwendigkeit starker Angriffe auf die herrschende Klasse. Dort fällt die Losung einer Unabhängigen Partei auf fruchtbaren Boden. Umso mehr, je stärker sich der Konflikt mit den Demokrat_Innen zuspitzt. Momentan sieht es zahlenmäßig eher schlecht für Sanders aus, sollte es aber zum Beispiel durch die wirtschaftliche und medizinische Corona-Krise doch zu dem Fall kommen, dass Bernie Sanders zwar eine Mehrheit bei den Vorwahlen erhält, jedoch auf dem Kongress der Demokrat_Innen durch die Stimmen der Superdeligierten³ nicht zum Kandidat bestimmt wird, könnte der Konflikt zwischen Bewegung und Partei

auf die Spitze getrieben werden. Dann sind große Proteste zu erwarten und der Unmut wird weiter ansteigen. Deswegen bietet Sanders eine solch große Chance. Deswegen ist es essentiell in der Bewegung um Sanders zu arbeiten. Nicht um Sanders bedingungslos zu unterstützen, sondern um klar zu machen, dass die Voraussetzung für den Erfolg der Politik, die Sanders äußert, die Politik der arbeitenden Klasse, nur durch eine neue Partei möglich ist, eine Arbeiter_Innenpartei.

1Er

spricht von „working class“, was nicht nur „Arbeiter_Innenklasse“ im marxistischen Sinne, sondern auch „Unterschicht“ heißen kann.

2In

jedem Bundesstaat bekommt die Person alle stimmen, die die Mehrheit errungen hat. Bei einer knappen Mehrheit könnte also fast die Hälfte der Stimmen wertlos werden.

3Dies

sind Deligierte, die nicht an die Ergebnisse der Vorwahlen gebunden sind, jedoch bestimmen, wer gewinnt, wenn keine_R eine absolute Mehrheit erringt. Da diese zum Großteil aus Establishment-treuen Politiker_Innen bestehen, entscheiden sie sich höchstwahrscheinlich gegen Sanders.

**Defender 2020 abgesagt, aber
der Kampf gegen Militarismus**

geht weiter!

Florian Schwerdtfeger

Ein

Gutes hat die Corona-Pandemie doch: Der größte Truppenübung gegen Russland seit 25 Jahren musste abgesagt werden. „Defender 2020“ hieß die militärische Giga-Übung der NATO. Gar nichts davon mitbekommen? Kein Wunder, während die Bundesregierung versucht hat, keinen großen Wirbel um das Thema aufkommen zu lassen, haben antimilitaristische Linke und Friedensbewegungen es nicht geschafft, eine größere gesellschaftliche Protestdynamik um das Thema herum zu entwickeln. Die Linkspartei hat es zu einem Lippenbekenntnis gebracht und das Manöver kritisiert. In einigen Städten gab es Demonstrationen. Aber eine groß angelegte Mobilisierung gegen Defender gab es nicht. Was die Kriegsgegner_innen nicht geschafft haben, hat nun ein Virus erledigt: „Defender 2020“ wurde abgesagt.

Doch

was war eigentlich geplant? Das NATO-Manöver sollte nicht nur die letzten großen Übungen der NATO übertrumpfen, wie z.B. das Kampfmanöver in Norwegen 2018, sondern sollte auch das größte seit dem Kalten Krieg werden. Dabei sollte trainiert werden, wie schnell Truppen und Material aus den USA in das Baltikum und Polen verlegt werden können, was zufälligerweise strategisch wichtige Orte in einem Krieg gegen den traditionellen Erzfeind Russland wären. Auch wenn Generalleutnant Martin Schelleis erklärte, dass Russland nicht Anlass der Übung sein solle, ist es mehr als deutlich, dass es sich um ein Abschreckungs- und Vorbereitungsmanöver handelt. In Militärkreisen wurde von ungefähr 37.000 Soldat_Innen vorrangig aus den USA und rund 20.000 Stück an Materialien wie Waffen und Fahrzeugen gesprochen. 5500 US-amerikanische Streitkräfte sind aufgrund der Absage der Militärübung letztlich nur gekommen und sollen nun wieder rückgeführt werden.

Auch die deutsche Verteidigungsministerin AKK hatte sich schon darauf gefreut, kräftig mitzumischen. Neben der Beteiligung einiger tausend Bundeswehrsoldat_Innen wollte Deutschland seine geostrategische Position vor allem zur zentralen Verkehrsdrehschreibe und zum militärischen Logistikzentrum ausbauen. Dieses Vorgehen beruht ganz auf der neuen Doktrin, die in den letzten Jahren von Bundespräsident und Verteidigungsministerium ausgegeben wurden: Schluss mit der „Kultur der militärischen Zurückhaltung“, Deutschland müsse „mehr Verantwortung auf der Weltbühne übernehmen“. Nach der letzten Wirtschaftskrise hat sich der Kampf unter den führenden imperialistischen Mächten um das größte Stück eines kleiner werdenden Kuchens verschärft. Der Ton ist rauer geworden, multilaterale Abkommen wurden aufgekündigt. Zwischen den USA und China entbrennt ein Handelskrieg, der auch die EU in die Auseinandersetzung hineingezogen hat. Im syrischen Bürger_Innenkrieg, schon lange ein Stellvertreter_Innenkrieg, kommt es zu direkten militärischen Konfrontationen zwischen Russland und der NATO-Partnerin Türkei. Auch das deutsche Kapital bangt nun um seinen Platz an der Sonne und greift zu zunehmend aggressiveren Methoden.

Über

2,5 Millionen Euro hat die Bundesregierung allein für die deutsche Beteiligung klar gemacht. Wie viele Corona-Test-Kits, Beatmungsgeräte oder Lohnerhöhungen für schwer arbeitende Pflegekräfte auf den Intensivstationen hätte man damit wohl finanzieren können? Der Bundesregierung scheint die militärische Absicherung deutscher Profitinteressen wohl wichtiger zu sein als die Rettung von Menschenleben. Mal abgesehen von der massiven Klimabelastung, die entsteht, wenn zehntausende Soldat_Innen und tausende Tonnen von Panzern und Kriegsgerät über den halben Erdball transportiert werden. Wie viele Steuergelder werden allgemein verbrannt, zuerst um überhaupt ein Militär auf die Beine zu stellen, es zu unterhalten und dann auch noch um die Infrastruktur der Länder wieder Instand zu setzen, weil die Transporte die Straßen und Schienen, mehr belasten als der übliche Verkehr?

Als

kommunistische Jugendorganisation treten wir für die Entwaffnung und Abschaffung aller Armeen und Heere von kapitalistischen Staaten ein. Ihre Funktion ist es, die wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen von kapitalistischen Nationalstaaten auf brutale und mörderische Art und Weise zu verteidigen. Diese Interessen sind nicht die unseren, da nicht Volk und Vaterland, sondern allein die internationale Solidarität der Unterdrückten und Ausgebeuteten uns befreien kann. Die Arbeiter_Innenklasse und besonders die Jugend sind die ersten, die im Kriegsfall hungern müssen und die an die Front zum Sterben geschickt werden. Dadurch liegt es aber auch in ihrer Macht den Krieg zu beenden, so wie es die Kieler Matrosen im 1. Weltkrieg getan haben.

Obwohl

die NATO-Manöver eine Aggression gegenüber Russland darstellen, dürfen wir nicht in die Falle tappen, in Putin den großen antiimperialistischen Helden zu sehen. Stalinistische Organisationen wie die SDAJ oder DKP vertreten eine solche Position. Für uns stellt das Russland von heute jedoch eine ebenso imperialistische Macht dar, wie es die USA, Deutschland oder Großbritannien sind. Wir vertreten in Kriegen eine Position, welche darauf abzielt, jene Handlungen zu unterstützen und zu fordern, welche die Welt näher an das Ziel der sozialistischen Revolution bringen. Das heißt, dass wir im Falle eines Krieges zwischen NATO und Russland für die Niederlage beider imperialistischer Mächte (bzw. Militärbündnisse) eintreten, um den Kampf der Nationen in einen Kampf der Klassen umzuformen. Dies tun wir, weil bei einer Niederlage die Klassenwidersprüche in der entsprechenden Nation zugespitzt werden und die Illusion der nationalen Einheit von Unternehmer_Innen und Arbeiter_Innen zerbricht. Denn keine imperialistische Macht soll Siegerin über die andere sein, sondern die unterdrückten Massen müssen die Schwäche der Kapitalist_Innen im Kriegsfall ausnutzen, um sich von der Unterdrückung zu befreien und eine sozialistische Räte-demokratie aufzubauen.

Praktisch

heißt das für uns, jegliche Militarisierung in Deutschland immer und überall zu bekämpfen. Das kann heißen, Großdemos zu organisieren, wenn ein neuer Militäretat anstelle eines Ausbaus der Krankenhäuser beschlossen wird. Das muss aber auch heißen, dort wo wir uns tagtäglich bewegen, also in unseren Schulen, Unis und Betrieben, für Antimilitarismus einzutreten. Wenn der Geschichtslehrer mal wieder von der einstigen Stärke der deutschen Wehrmacht schwärmt, sollten wir unseren Mund aufmachen und Kontra geben! Kommt das nächste Mal ein Bundeswehroffizier in den Ethikunterricht, um fürs Sterben zu werben, könnten wir Blockadeaktionen oder Flashmobs organisieren. Antimilitarismus hat viele Gesichter aber ein Motto: Nie wieder Krieg!

Crash, Kürzung und Corona

Christian Mayer & Felix Ruga

Nachdem die Kursverläufe an der Börse in den letzten Jahren vergleichsweise stabil verlaufen sind, brechen sie seit ca. einem Monat weltweit rapide ein. Und spätestens mit der Ausbreitung des Corona-Virus' zur Pandemie wird die globale Krise immer greifbarer. Doch betrachtet man zentrale Wirtschaftszweige in Deutschland wie Autos oder Chemie, war es nur eine Frage der Zeit, denn der Niedergang war dort schon in vollem Gange.

Was zuvor geschah:

Die deutsche Industrie baut auch ohne Virus ab.

In den letzten sechs

Monaten wurden von verschiedenen mittelgroßen bis großen

Unternehmen Stellenabbau und Sparprogramme angekündigt, nachdem ständig das Wirtschaftswachstum nach unten korrigiert wurde und sich überall die Sorge um eine kränkelnde Industrie breit machte.

Hauptsächlich kündigten die großen Autobauer diese Sparprogramme an, die sehr harte Einschnitte bei der Belegschaft darstellen. Egal ob nun VW, Daimler, Audi oder auch Zulieferer wie Bosch, Continental, Mahle, Brose; ja sogar der Chemiekonzern BASF hat Personalabbau von insgesamt mehreren 10.000 Beschäftigten angekündigt.

Die offiziellen

Begründungen seitens der Kapitalist_Innen waren damals zumindest in der Automobilindustrie immer dieselben: Neben den Altlasten des „Abgasskandals“ müsse man auf die aktuellen Entwicklungen des Weltmarktes reagieren, bzw. Geld für die bevorstehende „Transformation“ beiseitelegen. Mit „Transformation“ ist hier die Umstellung auf E-Mobilität gemeint, wie auch die Einführung von Industrie 4.0 im Zuge einer weiter voranschreitenden Digitalisierung der Produktionsprozesse. Laut Studien werden mehrere 100.000 Arbeitsplätze allein durch die Einführung vollständig automatisierter Fertigungsprozesse überflüssig, die ohne menschliches Zutun auf Basis der Nutzung von künstlicher Intelligenz ablaufen und bei der die Maschinen mittels Datennetzen miteinander kommunizieren. Nichts anderes bedeutet die Einführung von Industrie 4.0: Es wird ein riesiges Heer an Arbeitskräften freigesetzt, die alle auf den Arbeitsmarkt drängen und nach Ersatzbeschäftigungen suchen. Diese kann aber das bestehende System nicht anbieten, da mögliche Umschulungsprogramme aus Kostengründen abgelehnt werden.

In den letzten 10

Jahren, also seit der letzten großen Finanzkrise, hat sich die Weltwirtschaft sehr unterschiedlich entwickelt.

Zwar konnten sich große Binnenwirtschaften wie die der USA wieder erholen und Länder wie China verzeichnen seit Jahren ein permanent hohes Wirtschaftswachstum. Allerdings konnten andere Wirtschaftsräume wie die EU kaum bis gar kein Wachstum erzielen, die

gegenteilige Entwicklung ist der Fall. Auch Lateinamerika, das eine Zeit lang der Hoffnungsträger für die positive Entwicklung der Weltwirtschaft war, steckt seit Jahren in einer zunehmenden Krise fest. Allein Staaten wie Venezuela oder auch Argentinien stehen am Rande des Staatsbankrotts mit noch nicht absehbaren Folgen für die lokale wie auch die Weltwirtschaft und das trotz eines Freihandelsabkommens zwischen den Staaten des Mercosur-Raumes und der EU. Dies wurde noch mit einem beschleunigenden Niedergang an den Rohstoffmärkten verstärkt. Vor allem der Ölpreis fiel schon seit letztem September im Zuge fehlgeschlagener Verhandlungen zwischen den ölfördernden Ländern rapide und man sprach schon von einer neuen Ölkrise. Dies stellt eine existentielle Bedrohung für die Länder dar, die von dessen Förderung abhängig sind. Hinzu kommen auch die nach wie vor unklaren Auswirkungen des Brexits, bei dem die Feinarbeiten an der Entflechtung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EU-Staaten und Großbritannien erst begonnen haben.

Die

Corona-Pandemie ist also letztlich nur ein Auslöser aber nicht die Ursache der Wirtschaftskrise. Diese liegt weitaus tiefer in der kapitalistischen Produktionsweise selber. 2007/2008 ist sie in eine tiefe Absatzkrise geraten, sodass die Produktivität und die Investitionen massiv gesunken sind. Diese Krisenursachen wurden jedoch nicht behoben, sondern nur durch Niedrigzinspolitik und riesige Bankenrettungspakete abgefedert und das hat bis heute destabilisierende Auswirkungen auf die Wirtschaft, indem sich zum Beispiel durch Spekulation in einigen Sektoren große Blasen bilden.

Und dann auch noch

Corona

In diese Schwächelage

hat nun Anfang diesen Jahres ein weiterer Faktor die Karten neu gemischt: das Corona-Virus. Die Auswirkungen und dabei vor allem die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung sorgen seitdem dafür, dass die so empfindliche globalisierte Marktwirtschaft

vollends crasht. Wir sollten uns jedoch nichts vormachen: Die Quarantänemaßnahmen, die in vielen kapitalistischen Staaten beschlossen wurde, sind nicht aus Menschenliebe passiert. Vielmehr drücken sie Kalkulationen des Kapitals aus, dass eine ungehemmte Ausbreitung der Pandemie die Wirtschaft mehr kosten würde, als es aktuellen Schutzmaßnahmen tun. Das ewige Hinundher und das lange Zögern der bürgerlichen Regierungen widerspiegeln diesen Abwägungsprozess, der darüber hinaus auch schnell zu anderen Resultaten kommen kann.

Die Rezession hat sich jedoch schon vor der Pandemie abgezeichnet: China als Lokomotive des Weltmarktes wurde als erstes in der Millionenstadt Wuhan getroffen und hat Ende Januar begonnen, riesige Gebiete vom Verkehr abzuriegeln und mit Essen und medizinisch zu versorgen, was sowohl Kapital als auch Arbeitskraft band. Das öffentliche Leben vor Ort kam durch Ausgangssperren zum Erliegen und in ganz China wurden Wirtschaftsabläufe gestört und teilweise heruntergefahren, wenn deren Produktion mit den abgeriegelten Gebieten zusammenhing. Dadurch sank zunächst der Ausstoß und bald auch die Nachfrage des chinesischen Marktes und damit kamen auch weltweite Produktions- und Lieferketten zum Erliegen. Ironischer Weise kann etwa das Organisieren von Nachschub für Atemschutzmasken schwieriger sein, da diese überwiegend in China produziert werden. Auch Apple spürte die ersten Auswirkungen schon damals, da z.B. der Elektronik-Riese Foxconn ebenfalls überwiegend in China produzieren lässt und Apple mit massenhaft Teilen beliefert. Daher wurde auch der Produktionsbeginn für ein neues Smartphone um Monate verschoben. Gerade anhand der Ausfälle in der Produktion kann man sehr gut sehen, wie stark die Abhängigkeit von China als Produktionsstandort weltweit geworden ist.

Diese Belastung wurde selbstverständlich ungleich verstärkt, indem sich Covid-19 von einer lokalen Massenerkrankung zur Pandemie entwickelt hat und nun

vor allem Europa und die USA betrifft. Dadurch bricht nun Panik aus, jedes Land fährt einen nationalen Alleingang und die Grenzen werden dicht gemacht. Dies blockiert nun auch hier die Produktions- und Lieferketten. Dazu werden wie auch in China heftige und sehr autoritäre Einschränkungen des öffentlichen Lebens wie Ausgangssperren und Zwangsschließungen öffentlicher Treffpunkte verordnet. Zwar werden die meisten Industriestandorte nicht zwangsgeschlossen, doch aus Gewinneinbrüchen fahren Stück für Stück alle großen Betriebe runter: Zunächst die Flug- und Reiseunternehmen, nun auch die Autoindustrie, Zulieferer, Chemieunternehmen und weite Teile der restlichen Industrie. Wenige schaffen es, dann doch noch mit der Krise ihre Profite zu machen: Trigema macht jetzt Atemschutzmasken, BASF Desinfektionsmittel, Maschinenbauunternehmen wechseln zu Beatmungsgeräten. Selbstverständlich ist das bloß ein Tropfen auf den heißen Stein, die deutsche Industrie hat momentan nichts zu lachen und die Börsen befinden sich auch im freien Fall. Wie tief der Fall wird, kann natürlich niemand voraussehen.

Wie die Staaten reagieren und was wir machen müssen!

Die staatlichen Hilfsmaßnahmen für das nationale Kapital sind dabei weitestgehend ausgereizt: Der Leitzins kann nicht mehr gedrückt, die Steuern für's Kapital kaum noch herabgesenkt werden. Klar ist, dass die Unternehmen versuchen werden, die Kosten der Krise auf die Arbeiter_Innenklasse abzuladen. Wenn wir keinen Widerstand organisieren, warten also massive Entlassungswellen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Sozialkürzungen und der weitere Abbau öffentlicher Dienstleistungen auf uns.

Ebenso werden die kapitalistischen Staaten, die zur Eindämmung der Pandemie dringend nötigen Einschränkungen von Produktion und öffentlichem Leben nicht solange aufrechterhalten können, wie es aus medizinischer Sicht notwendig wäre. Kein kapitalistischer Staat kann

über mehrere Monate oder gar Jahre hinweg mit einem so niedrigen Produktionsniveau überleben. Da im Kapitalismus Profite mehr als Menschenleben zählen, werden die Infektionsschutzmaßnahmen spätestens dann zurückgefahren, wenn sie für die Kapitale zu teuer werden. Und, wenn ein Staat beginnt die Wirtschaft wieder hochzufahren, müssen die anderen nachziehen, da ein derartiger Konkurrenznachteil ihr volkswirtschaftliches Todesurteil bedeuten könnte. Es warten also nicht nur massive soziale Angriffe, sondern auch ein tausendfaches Sterben auf uns.

Eine

internationale sozialistische Planwirtschaft könnte dagegen über längere Zeit hinweg mit dem rein gesellschaftserhaltenden Produktionsniveau überleben, da es in ihr ja keinen konkurrenzbedingten Zwang zur Profitmaximierung gibt. Ebenso wäre sie weitaus schneller und effektiver in der Lage, die Produktion auf die dringend notwendigen Güter wie Beatmungsgeräte, Desinfektionsmittel, Atemschutzmasken etc. umzustellen. Es gäbe genug Intensivbetten für alle, da das Gesundheitssystem als gesellschaftliche Aufgabe verstanden wird, in der Sparmaßnahmen, Privatisierungen, Pflegemangel oder Fallpauschalen keinen Sinn ergeben. Auch die ökonomische Existenz eines jeden Menschen wäre gesichert, da niemand um seinen_ihren Arbeitsplatz oder seine_ihre Miete fürchten müsste. Da es auch keine nationale Abschottung und Konkurrenz um das Patent für Impfstoffe gäbe, wäre auch (im Gegensatz zu den aktuellen nationalen Alleingängen) ein koordiniertes internationales Vorgehen gegen die Pandemie möglich.

Der Kampf für ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beginnt damit, dass wir uns den geplanten Angriffen auf unsere Klasse entgegenstellen. Die Gewerkschaften und Arbeiter_Innenparteien sind dagegen aktuell eher auf nationalistischen Kuschelkurs mit dem Kapital aus. Aus den Reihen der Linkspartei wurde geäußert, dass es aktuell „nicht die Zeit für Oppositionspolitik“ sei. Wir Arbeiter_innen, Jugendliche und Migrant_innen müssen unsere Interessenvertretungen durch eigene

Forderungen unter Druck setzen und selber die Initiative ergreifen, wenn wir das Schlimmste verhindern wollen. Wir fordern:

- Keine Entlassungen während der Pandemie! Volle Lohnfortzahlung aus den Profiten der Kapitalist_Innen!
- In Berufen, die die gesellschaftliche Grundversorgung garantieren, müssen die Arbeiter_Innen ausreichenden Arbeitsschutz, Arbeitszeitverkürzungen und massive Lohnerhöhungen erhalten!
- In allen Berufen 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich!
- Kostenlose Test-Kits, Atemschutzmasken, Desinfektionsmittel, Seife und Handschuhe für alle! Die dafür notwendigen Fabriken müssen sofort entschädigungslos enteignet und unter Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden, um die Produktion auf die notwendigen Güter umzustellen. Für Beatmungsgeräte statt SUVs!
- Verstaatlichung aller Kliniken, Pharmakonzerne, Forschungsinstitute und Labore!
- Für offene Grenzen, um auch Menschen aus anderen Ländern vor Corona retten zu können!
- Corona war nur Auslöser der Krise, nicht die Ursache! Das Problem liegt im kapitalistischen System!

Corona-Pandemie: 4 Fragen und 4 revolutionäre Antworten!

Kein Thema hat in letzter Zeit unsere Gespräche, Gedanken und Social Media Feeds so geprägt wie das neuartige Coronavirus / Sars-CoV-2, kurz: Corona. Weltweit ist bereits eine Viertelmillion Menschen an dem Virus erkrankt, wovon bisher etwas fast 12.000 (Stand 21.3.) Menschen sterben mussten. Europa ist, nachdem in China die Zahl von Neuinfektionen wieder leicht

rückgängig ist, zum neuen Zentrum der Pandemie geworden. Nachdem die Zahl von Infizierten in Italien blitzartig in die Höhe schoss, ist ein ähnlich steiler Anstieg auch in Deutschland zu beobachten. Vor einigen Tagen meldete sich nun auch Kanzlerin Angela Merkel in einer Fernsehansprache zu Wort: Die Rede war vor allem vom Zusammenhalten, von Vertrauen und von Geduld. Man könnte sie auch so verstehen, dass wir alle schön die Klappe halten und machen sollen, was man uns sagt. Das würde nämlich bedeuten, dass wir stillschweigend hinnehmen, wie deutsche Banken und Unternehmen durch Milliardenkredite gerettet werden, während wir durch Entlassungen, Kurzarbeiter_Innengeld und Grundrechtseinschränkungen die Kosten dessen tragen sollen. Aber ist in der aktuellen Krisensituation der richtige Zeitpunkt für Widerstand? Diese und andere Fragen wollen wir hier beantworten.

Sollten wir nicht gerade jetzt in der Krise zusammenhalten und Kritik hinten anstellen?

Zusammenhalten sollten wir auf jeden Fall, denn die aktuell stattfindenden Einschränkungen im öffentlichen Leben und die permanente Angst, sich anzustecken, sind für uns alle nicht leicht. Positiv sind in diesem Zusammenhang die an vielen Orten entstehenden Nachbarschaftsinitiativen zur Lebensmittelversorgung. Hierbei muss aber klar angeprangert werden, dass diese vor allem deshalb notwendig werden, weil der Staat in dieser Versorgungsaufgabe versagt.

Die Frage ist für uns, mit wem wir zusammenhalten. Sicherlich nicht mit den Bossen, die unsere Löhne kürzen, uns entlassen oder uns auf der Arbeit mit schlechten Schutzmaßnahmen einem erhöhten Infektionsrisiko aussetzen. Bestimmte Beschäftigungsverhältnisse wie Scheinselbstständigkeit, Stunden- oder Projektverträge und Angestellte im Gastro- und Kulturbetrieb sind aktuell besonders hart betroffen. Während wir uns also fragen, wie wir unsere Miete bezahlen sollen, versuchen die Unternehmer_Innen ihre getätigten Investitionen noch irgendwie ins Trockene zu bringen und uns die Kosten dafür zahlen zu lassen. Für

sich können sie auch nur im kleinsten Verdachtsfall auf ein weiches Intensivbett in einer Privatklinik mit ausgewiesenem Fachpersonal vertrauen, während wir und insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen das Hauptrisiko tragen.

Die Bundesregierung setzt in ihren Krisenmaßnahmen vor allem die Interessen der Kapitalist_innen um. Während Schulen, Unis, Kindergärten, Theater, Clubs, Bars, Museen und Schwimmbäder geschlossen bleiben, müssen vor allem die Leute (trotz Infektionsrisiko) an den zentralen Wirtschaftsstandorten weiterarbeiten. Dass in der Autoindustrie kaum noch mehr gearbeitet wird, ist viel mehr Folge des Absatzeinbruchs als von Gesundheitsmaßnahmen.

Ebenso auch Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die die Grundversorgung einer Gesellschaft durch Pflege, Erziehung, Infrastruktur und Lebensmittelhandel sicherstellen. Für sie hat Merkel ganz viel Danke und Applaus übrig, doch davon kann sich niemand etwas kaufen. Während Gesundheitsminister Jens Spahn uns lange erzählt hat, dass das deutsche Gesundheitssystem bestens auf eine Corona-Pandemie vorbereitet sei, sehen wir nun, wie überfordert es ist. Kein Wunder, denn jahrelang wurden die Krankenhäuser kaputtgespart und privatisiert. Der erzeugte Personalmangel in der Pflege wurde zusätzlich befeuert durch Unterbezahlung, Ausbeutung und Auslagerung von Beschäftigtengruppen an Dienstleistungsunternehmen, um Tarifverträge zu umgehen. Und zwar nicht nur in Deutschland, auch in Südeuropa waren deutsche Politiker_Innen im Zuge der Euro-Krise ganz vorne mit dabei, durch erzwungene Sparmaßnahmen die lokalen Gesundheitssysteme zu zerstören. Dafür verantwortliche Politiker_Innen und die Bildzeitung versuchen nun, der Öffentlichkeit die Schuld zuzuschieben, um die eigene Verantwortung an dieser katastrophalen Situation unter den Teppich zu kehren. Zusammenhalten müssen also vor allem wir Jugendliche, Lohnabhängige und Migrant_Innen, und zwar über Nationalstaatsgrenzen hinweg. Unsere Kritik dürfen wir dabei nicht verschweigen, sondern müssen sie gerade jetzt durch eigene Forderungen und Maßnahmen zum Ausdruck bringen. Wenn wir keinen eigenen gesamtgesellschaftlichen Notfallplan

aufstellen, wird es von der Bundesregierung nur einen Notfallplan zur Rettung der Konzerne geben.

Was wären denn sinnvolle Maßnahmen, die umgesetzt werden sollten?

Unsere Forderungen sollten sich einerseits gegen die sozialen Angriffe richten und andererseits wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie vorschlagen. Zuallererst müssen wir für ein sofortiges Entlassungsverbot eintreten. Ebenso fordern wir statt Kurzarbeiter_Innengeld (also eine Weiterzahlung von 60 % des letzten Nettolohns durch Steuergelder) Lohnfortzahlungen, finanziert aus den Profiten der Unternehmen. Überall, wo es möglich ist, müssen die Leute ohne Konsequenzen von der Arbeit freigestellt werden, damit die Eindämmung durch soziale Distanzierung wirklich funktioniert. In Berufen, die die gesellschaftliche Grundversorgung garantieren, müssen die Arbeiter_Innen ausreichenden Arbeitsschutz, Arbeitszeitverkürzungen und massive Lohnerhöhungen erhalten. Welche Berufe für die gesamtgesellschaftliche Grundversorgung wichtig sind, entscheiden demokratisch gewählte Komitees aus Schulen, Unis und Betrieben und nicht die kapitalistischen Politiker_Innen. Auch unter den erschwerten Bedingungen können wir solche demokratischen Prozesse online möglich machen, um eine soziale Antwort auf diese Krise zu finden!

Auch müssen wir entscheiden können, welche Grundrechtseinschränkungen uns auferlegt werden. Die Gefahr ist ganz real, dass sie zwar zum Zwecke der Eindämmung beschlossen werden, aber nur teilweise zurückgenommen werden und generell das, was „ok“ ist, verschoben wird. So wurde beispielsweise könnte in Bayern bald der Notstand ausgerufen werden und damit wäre der Einsatz der Bundeswehr im Inneren legalisiert. Dagegen zu demonstrieren ginge natürlich nicht, weil das Versammlungsrecht praktisch abgeschafft wurde. Obwohl es in der aktuellen Situation nicht sinnvoll wäre, große Massendemonstrationen abzuhalten, sollte

die Regierung uns dieses Recht nicht einfach nehmen dürfen!
Einschränkende Maßnahmen im öffentlichen Raum zur Eindämmung der Neuinfektionen können natürlich richtig sein, die Frage ist aber, wer diese festlegt und vor allem wer diese wieder abschafft. Wenn diese Verantwortung Seehofer und Co. zufällt, die schon vor Corona versucht haben, autoritäre Polizeistaatsmaßnahmen durchzusetzen, warum sollte man dann die Teile der Einschränkungen, die man eh schon vorhatte, nicht einfach beibehalten? Das wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, dass die „Verteidigung gegen einen äußeren Feind“ dazu benutzt wurde, die Grundrechte der eigenen Bevölkerung dauerhaft einzuschränken. Beispiel hierfür ist der „Kampf gegen den Terror“, der schon für Kriege, Einschränkung des Asylrechts und der Spionage der eigenen Bevölkerung herhalten musste. Der beste Schutz dagegen ist es, dass wir uns als Betroffene gemeinsam mit Wissenschaftler_Innen organisieren und selbst die Menschen delegieren, die in demokratischen Krisenkomitees verbindliche Maßnahmen festlegen.

Um eine Ausbreitung des Virus' zu verhindern, benötigen wir sofort einen kostenlosen und freien Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle. Ebenso müssen Test-Kits, Atemschutzmasken, Desinfektionsmittel, Seife und Handschuhe für alle kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die dafür notwendigen Fabriken müssen sofort entschädigungslos enteignet und unter Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden, um die Produktion auf die notwendigen Güter umzustellen. Statt SUVs brauchen wir halt gerade nun mal Beatmungsgeräte. Das klingt nach einem krassen Schritt, aber beispielsweise waren die kapitalistischen Regierungen mit solchen Maßnahmen während der zwei Weltkriege überhaupt nicht zimperlich, indem sie der Industrie vorgeschrieben haben, dass sie nun Munition, Waffen und Feldversorgung herstellen müssen. Neben massiven Investitionen in Forschung und Versorgung, was auch eine schnellstmögliche Anlernung und gute Bezahlung von Pflegekräfte bedeutet, müssen ebenso alle Kliniken, Pharmakonzerne, Forschungsinstitute und Labore verstaatlicht werden. Es ist sehr problematisch, dass momentan einige Forscher_Innen-Teams nebeneinander her an ähnlichen Projekt arbeiten, aber wegen des

Geschäftsgeheimnisses keine vollständige Zusammenarbeit stattfindet, vor allem unter privaten Unternehmen. Die Jagd ist wild, denn wer den Impfstoff oder Schnelltest findet, wird dabei sicherlich Milliarden verdienen. Jetzt kommt es aber auf die Rettung von Menschenleben an und nicht auf Profite!

Wären diese ganzen Maßnahmen aber nicht insgesamt sehr schlecht für die Wirtschaft?

Die Corona-Krise ist nur ein weiteres Beispiel dafür, wie die freie Marktwirtschaft nicht dazu in der Lage ist, die dringendsten Bedürfnisse der Menschheit zu befriedigen und dafür, wie viel effizienter und bedürfnisorientierter eine demokratische Planwirtschaft agieren könnte. Das Chaos des Marktes führt zur Anfälligkeit für Zusammenbruch und Krise, so auch nun mit dem Ausbruch von Corona: Der DAX fällt täglich ins Bodenlose, die Ölpreise sinken und die für die deutsche Exportwirtschaft so wichtige just-in-time-Produktion gerät durch Grenzsicherungen immer weiter ins Stocken. Corona ist dabei jedoch nur der Auslöser und nicht die Ursache der Krise. Diese liegt weitaus tiefer in der kapitalistischen Produktionsweise selber. 2007/2008 ist sie in eine tiefe Absatzkrise geraten, sodass die Produktivität und die Investitionen massiv gesunken sind. Diese Krisenursachen wurden jedoch nicht behoben, sondern nur durch Niedrigzinspolitik und riesige Bankenrettungspakete abgefedert. Das Coronavirus ist nun die Nadel, die die riesige Blase gerade zum Platzen bringt. Weitere Fabrikschließungen, Massenentlassungen und Sparmaßnahmen werden bald auf der Tagesordnung stehen.

Zugleich verschärfen sich bereits aktuell die Spannungen unter den imperialistischen Ländern und Regionalmächten. Der Wettlauf um einen Corona-Impfstoff ist bereits ein Ausdruck davon. Die Volkswirtschaft, die sich am schnellsten von den Coronafolgen erholt, wird einen gewaltigen Vorteil auf dem Weltmarkt haben und für Verschiebungen im innerimperialistischen Kräfteverhältnis sorgen. Momentan scheinen die Zeichen ganz auf China zu stehen, aber auch andere Ländern setzen in diesem Kampf auf das Konzept „Herdenimmunität“, also das absichtliche Krankwerdenlassen der

Bevölkerung bei gleichzeitiger Überlastung des Gesundheitssystems, sodass unzählige Menschen sterben könnten. In Europa hängen prominent die Niederlande und bis vor kurzem noch Großbritannien dieser Taktik an. Die Maßnahmen, die nun doch ergriffen werden, kommen zu spät.

Ist es aber nicht gerade wichtig, die Grenzen zu schließen, um eine weitere Ausbreitung der Infektionen zu verhindern?

In der aktuellen Abschottungspolitik der kapitalistischen Staaten zeigt sich deutlich, dass ihr ganzes Gerede von Solidarität nur eine leere Worthülse ist. Wer nur national beschränkte medizinische Krisenmaßnahmen ergreift, aber sich nicht für 20.000 von Corona bedrohte, auf der griechischen Insel Lesbos eingeschlossene und unter schlimmsten hygienischen Bedingungen lebende Geflüchtete interessiert, braucht uns nichts von Solidarität zu erzählen. Da eine Pandemie auch so nicht vor Nationalstaatsgrenzen halt macht, bedeutet nationale Abschottung darüber hinaus auch immer eine Behinderung von wirksamen internationalen Schutzmaßnahmen oder der Entwicklung eines Impfstoffes. Und nicht nur das, nationale Abschottung bedeutet auch, dass die reichen imperialistischen Länder die ärmeren Ländern mit ihren schlechter ausgestatteten Gesundheitssystemen alleine lassen und somit eine weitere Ausbreitung der Infektionen in Kauf nehmen, solange es nicht auf dem eigenen Staatsgebiet passiert. Dabei wirkt es so, als wären die imperialistischen Länder nicht dafür verantwortlich, dass die Gesundheitssysteme in den ärmeren Ländern so schlecht ausgebaut sind. Durch Kolonialismus, Ausbeutung und erzwungene Sparmaßnahmen haben die imperialistischen Länder dem Rest der Welt jedoch die Möglichkeiten für einen adäquaten medizinischen Kampf gegen das Coronavirus genommen. Zuletzt stärkt nationale Abschottungspolitik auch immer ausgrenzende, nationalistische und rassistische Tendenzen, die ja bekanntermaßen schon vor Corona stark an Fahrtwind dazugewonnen haben.

Wir fordern stattdessen keine Abschottung und Grenzsicherungen sondern Grenzöffnungen, um auch

Menschen aus anderen Ländern vor Corona retten zu können. Geflüchtete sollen wie alle anderen Einreisenden medizinisch getestet und, im Fall einer Infektion, medizinisch und sozial versorgt werden. Die Lager auf den griechischen Inseln müssen sofort aufgelöst und eine Weiterreise aufs europäische Festland gewährleistet werden. Das gilt auch für die türkisch-griechische Grenze am Fluss Evros. Wir fordern legale Fluchtwege und Einreisemöglichkeiten ebenso wie volle Staatsbürger_Innenrechte für alle!

Hölle auf Erden - Geflüchtete wie Tiere zusammengepfercht

Dilara Lorin, zuerst erschienen auf arbeiterinnenmacht.de

Vor noch nicht allzu langer Zeit, um genauer zu sein, vor 2-3 Wochen, war es ein Skandal, als die Türkei am 4. März 2020 die Grenzen zur EU öffnete, obwohl die EU dem türkischen Staat jährlich mehrere Milliarden Euro bietet, damit die geflüchteten Menschen ja nicht nach Europa kommen. Heute spricht niemand mehr darüber. Dabei stecken mehrere tausend Menschen im Grenzgebiet zwischen Türkei und Griechenland fest. Es gibt praktisch keine Hoffnung für diese auf ein menschenwürdiges Verfahren, denn seit dem 1. März lässt Griechenland keine Asylanträge mehr zu. Die EU und Frontex schotten weiter ihre Grenzen ab und gehen dort rigoros gegen Menschen vor. Handgranaten, Tränengas, Gummigeschosse werden eingesetzt.

Videos, Bilder und Berichte, sofern diese noch möglich sind, zeigen ein deutliches und grauenvolles Bild der EU und der Nationalstaaten Türkei und Griechenland. In einigen Videoaufnahmen sieht man, wie türkische Sicherheitskräfte Hand in Hand mit faschistischen Strukturen Geflüchtete erst in den Bus zerren und dann im Niemandsland im Grenzgebiet mit Gewalt und einer gezückten Waffe nach draußen schleifen. Videoaufnahmen zeigen eindeutig, wie die griechische Küstenwache mit einer Eisenstange versucht, ein Schlauchboot mit mehreren Dutzend Geflüchteten zurückzudrängen, oder Aufnahmen von wütenden Inselbewohner_Innen und Faschist_Innen aus ganz Europa, die an den Küsten warten, nur um Menschen, die vor Leid, Elend, Krieg und Tod fliehen, anzugreifen und wieder ins Wasser zu jagen. Erst letzte Woche wurden Kader neofaschistischer Organisationen und der „Identitären Bewegung“, darunter auch aus Deutschland, in Griechenland gesichtet. Diese waren nur da, um bewaffnet Jagd auf Geflüchtete zu machen und „ihre“ Grenzen zu schützen. Zwar wurden einige von ihnen, darunter auch Mario Müller, zusammengeschlagen, aber dies ist leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Am Gesamtbild ändert es nichts.

Die Angst vor COVID-19 und die Angst der Geflüchteten

Die Situation in den Camps auf den fünf Inseln in Griechenland war schon immer scheiße und wird immer verheerender. Auf den Inseln Lesbos, Samos, Chios, Leros und Kos leben bis zu 42.000 Asylbewerber_Innen. Dabei ist jedes Camp überfüllt und beherbergt mehr Menschen, als für die es vorhergesehen war. In Moria, einem der größten Camps auf Lesbos, sollten eigentlich nur 3.000 Menschen unterkommen, jedoch leben nach aktuellen Schätzungen dort 20.000 bis 24.000 unter schlimmsten Bedingungen. Wenn hier das Virus ausbrechen sollte, dann wird es katastrophale Folgen haben und zahlreiche Tote mit sich bringen. Um die Situation noch einmal zu verdeutlichen:

- Es gibt einen Wasserhahn für je 1.300 Menschen
- 167 Menschen teilen sich eine Toilette
- 240 Menschen teilen sich eine Dusche

- Seifen oder ähnliches sind kaum vorhanden
- Familien mit fünf oder sechs Personen müssen auf höchstens 3 m² schlafen

Ständiges Händewaschen oder Social Distance? Diese Hygienemaßnahmen können nicht eingehalten werden! Aktuell gibt es einen bestätigten Fall von COVID-19 auf Lesbos. Dieser kommt aus dem Süden der Insel und hatte kaum Kontakt zu den Geflüchteten. Jedoch ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis das Virus auch im Camp angekommen ist.

Ein antifaschistischer Aktivist aus Dresden vor Ort sagt dazu: „Generell gibt es eine große Angst vor dem Corona-Ausbruch im Camp. Dabei ist eher die Gefahr, dass die Seuche von außen hineingeschleppt wird und weniger, dass die Menschen, die dort sind, diese Krankheit mitgebracht haben, wie von Rassist_Innen gern behauptet wird.“

Und wie reagiert die griechische Regierung? Die rechtspopulistische konservative Partei von Kyriakos Mitsotakis, Nea Dimokratia, schürte schon immer Hetze und Anfeindungen gegen die Geflüchteten. Sie hört auch in Zeiten des Corona-Virus nicht damit auf. In den Medien und auch in Interviews hört und sieht man immer wieder, wie Geflüchtete mit Kriminellen und Drogendealer_Innen gleichgestellt werden.

Sie müssen auch als Sündenbock für den Niedergang der griechischen Wirtschaft herhalten. Dass die EU mit ihren Spardiktaten und die Troika die griechische Wirtschaft bis zum letzten Rest ausgesaugt haben, wird kaum mehr diskutiert. Geflüchtete sind die neuen Sündenböcke für Konservative, RassistInnen, RechtspopulistInnen und FaschistInnen. Wir kennen das schon aus Deutschland, Frankreich, Polen oder der Türkei.

Abschottung der Geflüchteten

Zumindest für die nächsten zwei Wochen dürfen keine Besucher_Innen mehr die Camps betreten, darunter zählen auch die wenigen noch verbliebenen NGOs. Auch diese Helfer_Innen dürfen nicht in das Camp hinein. Außerdem darf seit Anfang der Woche nur noch eine Person pro Familie das Lager einmal am Tag verlassen, um Erledigungen auf der Insel zu tätigen. Andere Außenaktivitäten sind nicht mehr gestattet. Das bedeutet: keine Schulen, keine sportlichen Aktivitäten, kein Besuch in der Bibliothek. 24.000 Menschen sollen, abgeschottet in einem Freiluftgefängnis, unter schlimmsten hygienischen Bedingungen ausharren. Dass diese Situation den ohnehin traumatisierten und entkräfteten Menschen noch mehr zusetzen wird, ist deutlich. Ohne äußere Ablenkungen werden vor allem Kinder, die sich schon vor der COVID-19-Pandemie versucht hatten, das Leben zu nehmen, unter nun noch krasseren psychischen Bedingungen leiden. Und wir sprechen hier nicht von wenigen.

Der ansteigende Rassismus der Inselbewohner_Innen zeigt sich auch darin, dass mit den Freien BürgerInnen (Eleftheri Politis) eine explizit rassistische Partei in den Dorfparlamenten sitzt und 12 Sitze in den Regionalparlamenten der südlichen Ägäis hat.

George Hatzimarkos, der Gouverneur der südlichen Ägäis, kündigte an, als angebliche weitere „Schutzmaßnahme“ gegen die Ausbreitung des Virus einen Zaun um das Camp Moria bauen zu lassen. So wird es dem Bild eines Freiluftgefängnisses immer ähnlicher. Die rassistische Hetze der Türkei, Griechenlands und der Nationalstaaten Europas führte vermehrt dazu, dass faschistische Banden an den Grenzen und auf den Inseln patrouillieren. Auf den Inseln ging die Gewalt soweit, dass Journalist_Innen zusammengeschlagen und ihr Equipment wie Kameras ins Wasser geschmissen wurden. Die Situation ist weiterhin angespannt, gerade wenn sich die Zivilgesellschaft nur noch Gedanken um das Corona-Virus macht. Die Geflüchteten sind in dreifach lebensbedrohlichen Situationen.

Schäbiges Gezerre um Kinder

Sieben EU-Staaten, darunter auch Deutschland, erklärten sich nach wochenlangem Gezerre „bereit“, gerade 1.600 Kinder aus dem Camp aufzunehmen. Nun ist selbst diese vollkommen unzureichende Geste wieder umstritten. Es wird so getan, als sei von den Geflüchteten zu befürchten, dass

mit ihrer Einreise die Anzahl der Infektionen weiter ansteigen würde. Wie rassistisch das doch ist, verdeutlicht schon, dass aktuell die meisten Infizierten in Ländern wie China, Italien, Deutschland, Frankreich, Spanien - und zum Glück nicht in den Camps - zu finden sind.

Es ist auch keine Gnade der EU, dass sie 1.600 geflüchtete Kinder aufnehmen wollte, sondern eine Schande. Es ist eine symbolische Geste,

die notdürftig die reale, rassistische Grenzpolitik beschönigen soll. Was wir jetzt brauchen? Die Aufkündigung des Flüchtlingsdeals mit der Türkei, welcher

am 13. März erneuert und erweitert wurde! Die Geflüchteten dürfen kein Spielball zwischen den Mächten und ihren Interessen und Profiten sein! Öffnung

aller Grenzen und die Zerschlagung von Frontex - jetzt! Aufgrund der andauernden Krisen und Kriege, vor allem auch in Idlib, fliehen Millionen Menschen und es muss unsere Aufgabe sein, für alle und jede/n ein menschenwürdiges Leben zu erkämpfen! Nicht in Lager, zwischen Grenzzäunen oder

Camps! Für die sofortige Evakuierung aller Camps. Es gibt nur eine einzige humanitäre Lösung, die diesen Namen verdient - die Öffnung der Grenzen der EU,

die Aufnahme der Menschen in den EU-Mitgliedsstaaten ihrer Wahl, die Schaffung

und das Zur-Verfügung-Stellen von Wohnraum, von kostenloser medizinischer und

psychologischer Betreuung, von Ausbildung und Schulung sowie von Arbeitsplätzen, die zu tariflichen Löhnen bezahlt werden. Geflüchtete, die

vom

Virus infiziert sein sollten, sollen kostenlos in Krankenhäusern untergebracht und betreut werden.

Um zu verhindern, dass bürgerliche Regierungen und rechte Demagog_Innen die Geflüchteten gegen Lohnabhängige - z. B. Erwerbslose, prekär Beschäftigte oder Menschen in Altersarmut - ausspielen, geht es darum, Arbeit, ein Mindesteinkommen, soziale Leistungen wie Alterssicherung für alle zu erkämpfen - bezahlt aus der Besteuerung der Gewinne und großen Vermögen. Um dies zu erreichen müssen sich antirassistische Bewegungen zusammenschließen mit Gewerkschaften, Arbeiter_Innenorganisationen, Geflüchteten und migrantischen Strukturen!